



universität
wien

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Warum Parteien die Selektion politischen Spitzenpersonals (nicht)
demokratisieren: Eine österreichische Fallstudie

verfasst von | submitted by

Markus Pollak BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Mag. Dr. Laurenz Ennser-
Jedenastik

Inhaltsverzeichnis

Abstract	3
Vorwort	4
Einleitung	6
Innerparteiliche Demokratisierung und die Reform der Selektion politischen Spitzenpersonals.....	11
Literatur zu innerparteilicher Demokratisierung.....	11
Selektion politischen Spitzenpersonals	13
Warum sich Parteien verändern	16
Logiken der innerparteilichen Reform des Selektorats	18
Endogen I: Mittel des Machterhalts bzw. der Machtausweitung	18
Endogen II: (De-)Mobilisierung und Aufwertung / Abwertung der Mitgliedschaft.....	19
Endogen III: Verbesserung der Repräsentativität	20
Endogen IV: Suche nach einer erfolgsversprechenden Führungspersönlichkeit	20
Exogen I: Anpassung an national und international übliche Demokratisierungs- und Personalisierungspraktiken.....	21
Exogen II: Anpassung an eine neue parteiliche Wettbewerbssituation	22
Exogen III: Anpassung an neue Kommunikationspraktiken und Technologien.....	23
Forschungsdesign.....	25
Ergebnisse.....	30
a. Instrument zur Maximierung des Einflusses der Partei.....	30
b. Konflikt um die Macht der Parteiführung	33
c. Die Macht der Mitglieder: Risiko durch ‚Autobusdemokratie‘ oder Chance?	36
d. Der Teufel steckt im Detail: Die Umsetzung neuer Selektionsmethoden.....	38
e. Die umstrittene Bedeutung innerparteilicher Demokratisierung: Die Grenzen der Normdiffusion	40
f. Die Vielfalt der Demokratisierungslogiken	42
Conclusio	44
Quellen.....	47
Anhang I: Interviews (Juni-August 2025)	52
Anhang II: Fragebogen	53

Abstract

Diese Arbeit untersucht, warum manche politische Parteien Reformen zur Demokratisierung der Auswahl ihres Spitzenpersonals einführen und warum sich andere dagegen entscheiden. Anhand dreier prägnanter Episoden der jüngeren österreichischen Parteiengeschichte – den offenen Vorwahlen der ÖVP (1994), der Debatte um eine Urwahl bei den Grünen (2021) und der SPÖ-Mitgliederbefragung (2023) – zeigt diese Untersuchung, wie unterschiedliche politische Konstellationen und Entscheidungslogiken zu gegensätzlichen Entscheidungen über die Öffnung innerparteilicher Verfahren führen können. Auf Grundlage von 16 semi-strukturierten Interviews und weiteren Primärquellen rekonstruiert die Studie die politischen Logiken, die diesen Prozessen zugrunde liegen, und vergleicht und verknüpft machtstrategische, institutionelle und kontextuelle Erklärungsansätze zu einem integrierten Verständnis innerparteilicher Demokratisierung. Die Ergebnisse zeigen, dass innerparteiliche Demokratisierungsdebatten kein linearer Weg zu größerer Inklusivität sind, sondern Prozesse, die von situativen Kalkülen und Legitimitätsansprüchen geprägt sind. Dabei fungiert Demokratisierung oft weniger als Ausdruck normativer Überzeugungen, sondern als Mittel zur Sicherung interner Macht und öffentlicher Glaubwürdigkeit. Die Analyse verdeutlicht, dass sich die Dynamik innerparteilicher Demokratisierung nur im Zusammenspiel von endogenen und exogenen Faktoren, sowie akteurszentrierten sowie strukturellen Erklärungen begreifen lässt

Vorwort

Im Jahr 1994 führte die Österreichische Volkspartei (ÖVP) unter Erhard Busek die erste bundesweite offene Vorwahl der österreichischen demokratischen Geschichte durch. In 43 Regionalwahlkreisen wurden die Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahl bestimmt. Die Wahlbeteiligung blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück und zahlreiche Widerstände führten zu einem fragmentierten System mit asymmetrischen Partizipationsrechten. 1995 wurde Busek von Wolfgang Schüssel als Parteivorsitzender abgelöst und das Experiment der offenen Vorwahlen vor Nationalratswahlen nicht mehr wiederholt. Die innerparteiliche Demokratisierung der Volkspartei schien gescheitert.

Fast 30 Jahre später war die Sozialdemokratische Partei Österreich (SPÖ) in Aufruhr. Nach Versuchen, die Legitimität der Parteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner in Frage zu stellen, unternahm der burgenländische Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil einen unerwarteten Schritt: Er forderte die amtierende Parteivorsitzende zu einer Mitgliederbefragung auf, um die Führungsfrage zu klären. In den darauffolgenden Monaten überschlugen sich die Ereignisse und mehrere Parteimitglieder kandidierten (u.a. Andreas Babler). Die Mitgliederbefragung endete mit einem Patt dreier Kandidat*innen und eine fehlerhafte Excel-Tabelle führte am Sonderparteitag des 3. Juni 2023 beinahe zum Sieg von Hans-Peter Doskozil. Am Ende triumphierte Andreas Babler und übernahm den Parteivorsitz als ein Parteiaußenseiter, der bei den historisch üblichen Selektionsverfahren der SPÖ wohl kaum eine Chance gehabt hätte. Hat sich die SPÖ durch die später im Parteistatut langfristig institutionalisierte Ausweitung des Selektorats für die Wahl des Parteivorsitzenden erfolgreich demokratisiert?

Der Weg hin zur Ausweitung des Selektorats ist keineswegs unumgänglich. Zwei Jahre zuvor hatten die österreichischen Grünen – eine Partei, die sich explizit der innerparteilichen Basisdemokratie verschrieben hat – eine Direktwahl der Parteiführung durch Mitglieder am Bundeskongress 2021 *abgelehnt*. Es war ein Ergebnis, das viele innerhalb und außerhalb der Partei überraschte.

Wie ist es zu so unterschiedlichen Entscheidungen in der ÖVP, der SPÖ und bei den Grünen gekommen? Während der Fall der ÖVP dem liberal-demokratischen Optimismus der 1990er Jahre geschuldet zu sein scheint, könnte der Fall der Grünen auf eine neuere, fundamentale Kritik hierarchischer, repräsentativer Modelle verstanden werden. Oder sind

innerparteiliche Demokratisierungsschritte auf reine Machtkalküle zurückzuführen, wie das Verhalten von Hans-Peter Doskozil für viele Beobachter*innen nahelegt (Der Standard 2023c)?

Österreich ist bei der Einführung von Praktiken innerparteilicher Demokratisierung nur ein Beispiel unter vielen. Beginnend mit den Großparteien in den Vereinigten Staaten setzten Parteien auch in vielen europäischen Ländern (z.B. Frankreich, Italien, etc.) immer öfter auf Vorwahlen und Mitgliedervoten. Allerdings wurden, wie im Fall der österreichischen Grünen, bei weitem nicht in allen Parteien entsprechende Schritte gesetzt. Wieso wurden die etablierten Praktiken der Selektion politischen Spitzenpersonals in manchen Parteien reformiert und in anderen nicht? Wie werden die Entscheidungen für oder gegen innerparteiliche Demokratisierungsschritte getroffen?

Im Folgenden soll daher anhand einer österreichischen Fallstudie untersucht werden, welche politischen Logiken über den Erfolg oder das Scheitern innerparteilicher Demokratisierungsprozesse entscheiden – und was diese Entscheidungen über das Verhältnis von Macht, Legitimität und Demokratie in Parteien aussagen.

Einleitung

Diese Arbeit analysiert die politischen Logiken innerparteilicher Demokratisierung. Aufgrund der Diversität der Praktiken österreichischer Parteien sind diese besonders gut dazu geeignet, die Unterschiede der verschiedenen Entscheidungsmuster politischer Entscheidungsträger*innen zu untersuchen. Beispielsweise sammelten die jüngeren, im Parlament vertretenen Parteien NEOS und Grüne bereits jahrelange Erfahrung mit offeneren Selektionspraktiken. Die SPÖ und ÖVP hingegen haben eine lange Geschichte der Monopolisierung von Selektionsprozessen durch hohe Parteigremien, sammelten jedoch beide in den letzten 30 Jahren Erfahrung mit der Einführung (und Zurücknahme) neuer Selektionspraktiken. Die FPÖ hingegen sammelte keine Erfahrungen mit der Ausweitung des Selektorats, wengleich einzelne Parteitage, die sonst größtenteils zeremonieller Natur sind, durch (reale und drohende) Kampfabstimmungen geprägt waren (1986 und 2005).

In der folgenden Forschungsarbeit verstehe ich „innerparteiliche Demokratisierung“ als die *Einführung von Praktiken, die das Selektorat auf Mitglieder, Unterstützer*innen, Wähler*innen und Einwohner*innen ausweiten und ihnen so die Möglichkeit geben, an der Entscheidungsfindung der Partei mitzuwirken*. Innerparteiliche Demokratisierung sollte damit als relationale, graduelle Praktik verstanden werden, die je nach spezifischem Kontext mehr oder weniger große Anteile der Gesamtbevölkerung miteinschließt. Beispielsweise kann damit die Ausweitung des Selektorats auf niedrigere Parteifunktionäre als innerparteiliche Demokratisierungsprozess verstanden werden, wenn zuvor nur oberste Parteieliten die Möglichkeit hatten, auf die Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen. Allerdings behandelt die folgende Arbeit nicht die Entscheidungsfindung in bestimmten Politikfeldern, sondern fokussiert sich auf die *Selektion politischen Spitzenpersonals*, etwa durch offene und geschlossene „primaries“ zur Findung von Kandidat*innen für öffentliche Ämter sowie zur Wahl eines Parteivorsitzes. Diese „Gatekeeper“ Kompetenz stellt eines der wichtigsten Mittel der Macht von Parteien dar. Die Selektion von Politiker*innen als Parteivorsitzende und Kandidat*innen ist ein zentraler Schritt im Prozess der Besetzung öffentlicher Positionen auf verschiedenen Ebenen.

Doch warum ist ein besseres Verständnis innerparteilicher Demokratisierungsprozesse von Bedeutung für die politikwissenschaftliche Parteienforschung? Bestrebungen zur innerparteilichen Demokratisierung passieren oft im Zuge zunehmender Legitimationskrisen

von Parteien.¹ In etablierten liberalen Demokratien wie den Vereinigten Staaten und Frankreich führten drastische innerparteiliche Veränderungen und das Misstrauen gegenüber etablierten Parteien zu Krisen, die etablierte demokratische Prozesse grundsätzlich in Frage stellen. Angesichts der vielen Krisen der Parteien bedienen sich viele Analysten und Parteistrategen der alten Formel "*The cure for the ills of democracy is more democracy*" (Katz 2021).

In den Vereinigten Staaten führten die beiden Großparteien im Jahr 1968 nach massiven Protesten und öffentlichem Druck Vorwahlen ein. Das neue Vorwahlsystem wurde seither auch immer wieder scharf kritisiert. Einerseits gebe es durch Vorwahlen eine finanzielle Hürde im Kontext innerparteilicher Kampagnen, die reiche Kandidat*innen besonders bevorteilen würde (Kenig und Pruyers 2018, Guillermo und Coller 2018, Lessig 2015). Andererseits würde die Fähigkeit der Parteien als effektive ‚Gatekeeper‘ für anti-demokratische oder inkompetente Kandidat*innen zu agieren, durch Vorwahlen und die Einbindung von Wähler*innen geschwächt, wie das Beispiel von Donald Trump in der Republikanischen Partei zeige (Levitsky und Ziblatt 2018).

Lange Zeit war das US-amerikanische System der Kandidat*innennominierung durch breitere Vorwahlen die Ausnahme. Vor allem in Verhältniswahlsystemen wurden breitere Selektionsprozesse zwar zwischenzeitlich angedacht (Neisser *et al* 1992), aber fast nirgendwo implementiert. Erst seit den 1990er Jahren wurden schließlich in einigen europäischen Staaten Vorwahlen bzw. offenere Selektionsmethoden zur Bestimmung der Parteiführung eingeführt, die unterschiedlich große Selektorate in den Prozess einbinden. Beispielweise wurden in Italien, Deutschland und Frankreich in den meisten traditionellen Großparteien (sozialdemokratische und christlich-soziale Parteien) offenere Selektionsmethoden zur Wahl von Kandidat*innen und Parteiführung eingeführt. Ähnliche Methoden der innerparteilichen Demokratie wurden auch in den 2000ern in Russland und 2022 in Ungarn angewandt.

Das Erstaunliche an der Entwicklung ist, dass in vielen Fällen (z.B. Frankreich) eine lange nationale demokratische Geschichte der Einführung von Vorwahlen vorausging, die ohne breitere Einbindung eines weiteren Selektorats auskam (z.B. Mény 2017). Die Einführung dieses spezifischen Modells der Selektion von Spitzenpolitiker*innen ist vor allem in Verhältniswahlsystemen wie Deutschland oder Österreich interessant, da Parteiführung und Spitzenkandidatur meist von einer Person erfüllt wird. In Mehrheitswahlsystemen kann angenommen werden, dass durch die Incentivierung von Zweiparteienstrukturen die breitere

¹ Mair identifiziert eine zunehmende Legitimationskrise, die auf Änderungen in der Gesellschaftsstruktur und auf eine weit verbreitete Transition von Parteien von Catch-all Parteien zu Kartell-Parteien zurückgeht (Mair 2013: 83-89)

Einbindung und Harmonisierung verschiedener politischer Lager bei der Kandidat*innennominierung eine größere Rolle spielen. Das macht die Gründe für die strategisch weniger klar vorteilhaften Einführung von Vorwahlen und Mitgliedervoten in Verhältniswahlsystemen noch interessanter. Österreich ist hier zugleich ein Sonderfall, da sich im späten 20. Jahrhundert und frühen 21. Jahrhundert die effektive Parteienzahl in Österreich dramatisch erhöhte – und sich damit ein Zwei(enhalb)parteiensystem zunehmend in ein Mehrparteiensystem transformierte.

Wie kam es dazu, dass Führungseliten Parteienstrukturen so verändern, dass sie sowohl die eigenen Entscheidungspraktiken massiv modifizieren als auch sich selbst zu einem bedeutenden Grad formal entmachten? Sowohl in der politischen Soziologie, also auch in der institutionalistischen Forschung, steht meistens die Stabilität und Kontinuität politischer Praktiken im Vordergrund. Sobald eine bestimmte Konstellation von Praktiken und Machtstrukturen institutionalisiert ist, sei es schwer diese wieder zu grundlegend zu ändern. Pierre Bourdieu führt die Reproduktion von Praktiken auf den *Habitus* zurück, eine Art sozialisierter Subjektivität, die sozio-kulturelle Strukturen mit dem Individuum verbindet und gewisse Praktiken als logisch erscheinen lässt und andere nicht (und damit den Handlungsspielraum einschränkt) (Bourdieu 1990, Pouliot 2008). Process Tracing und Forschung zu Pfadabhängigkeiten gehen auch oft von „eingetretenen Wegen“ aus, die den Veränderungsspielraum einschränken. Um Veränderungen zu erklären wird dabei z.B. auf Konzepte wie „critical juncture“ zurückgegriffen, die größeren Wendungen einläuten. Die meisten dieser Ansätze würden die Wahrscheinlichkeit drastischer Änderungen in der Machtstruktur von Parteien ohne dramatische Erschütterungen im politischen Feld als eher gering einschätzen. Tatsächlich geben auch zahlreiche Parteien, die ihre langen etablierten Praktiken nicht veränderten, dieser Einschätzung scheinbar recht. Doch was ist mit jenen Parteien, in denen solche Veränderungen passierten?

Einerseits soll diese Arbeit einen empirischen Beitrag zur Parteienforschung, und speziell zur österreichischen Parteienforschung, leisten. Andererseits kann die Untersuchung der sozio-politischen Logik der graduellen Veränderung und innerparteilichen Reform auch zu unserem theoretischen Verständnis für sich verändernde politische Organisationen beitragen. Sind Politiker*innen offener für Änderungen und Anfechtung von Machtstrukturen in ihrem Feld als andere Gruppen, wie z.B. Bürokraten, denen oftmals mangelnder Veränderungswille vorgeworfen wird? Die Frage nach den Gründen für den Wandel von Parteien ist vor allem seit

den 1990er Jahren zunehmend in den Mittelpunkt der Parteienforschung gerückt (Harmel und Janda 1994) und steht nach wie vor im Zentrum zahlreicher Debatten.

Die empirischen Beobachtungen und theoretischen Überlegungen führen zu folgender Forschungsfrage: *Warum wurde die innerparteiliche Selektion politischen Spitzenpersonals (Kandidat*innen und Parteiführung) seit den 1990ern vermehrt demokratisiert? Gleichzeitig stellt sich dadurch die Frage, warum dies in anderen Fällen nicht geschehen ist.*

Um die Forschungsfrage zu beantworten, führe ich eine qualitative Fallstudie durch, die sich tiefgehend mit drei österreichischen Fällen auseinandersetzt: 1) die offenen ÖVP-Vorwahlen zur Nationalratswahl 1994, 2) die SPÖ-Bundesparteiwahlen 2023 und 3) die Abstimmung über die Einführung eines Mitgliedervotums zur Wahl des Parteivorsitz der Grünen im Jahr 2021. Bei der ÖVP handelt es sich also um den Fall einer durchgeführten Reform, die später wieder rückgängig gemacht wurde. Im Fall der SPÖ führte die improvisierte Durchführung einer Mitgliederbefragung zu einer Statutenänderung, die bis heute wirksam ist. Der Fall der Grünen schließlich zeigt die Ablehnung einer Reform zur Erweiterung des Selektorats. Damit können Entscheidungslogiken verschiedener Episoden nachgezeichnet werden.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurden 16 semi-strukturierte Eliteninterviews durchgeführt, die die drei Fälle aus verschiedenen Perspektiven beleuchteten (SPÖ: n = 4, ÖVP: n=4, Die Grünen: n=8). Die anschließende praxis-orientierte Diskursanalyse zeigt, dass eine Kombination von bestimmten exogenen und endogenen Faktoren die Debatte um die Einführung und Nicht-Einführung offener Selektionspraktiken entscheidend prägte. In allen drei Fällen spielten innerparteiliche Machtlogiken eine zentrale Rolle bei der Einführung, Nicht-Einführung und Zurücknahme. Beispielsweise diente der Vorschlag zur Durchführung des SPÖ-Mitgliedervotums 2023 einer Übernahmestrategie einer innerparteilichen Gruppierung um Landeshauptmann Droschitz. Gleichzeitig wird die Nicht-Einführung bzw. Zurücknahme von offeneren Selektionsmethoden bei den Grünen und ÖVP oftmals auf (zu erwartende) innerparteiliche Machtverschiebung zurückgeführt. Starke Teilorganisationen wie der Bauernbund oder bereits etablierte Vorsitzende wie Werner Kogler würden durch direkte Beteiligungsmethoden ihre Macht weiter ausweiten.

Gleichzeitig spielen neben machtpolitischen Logiken auch exogene Faktoren in den untersuchten Fällen eine wichtige Rolle. Erhard Buseks Führungspersönlichkeit als „bunter Vogel“ in der Volkspartei wäre wohl ohne das amerikanische demokratische Vorbild nicht denkbar gewesen. Die Einführung vergleichbarer Selektionsmethoden in anderen Parteien und

der zunehmende Druck im nationalen Parteienwettbewerb spielten darüber hinaus eine wichtige Rolle bei der Entscheidungsfindung. Offeneren Selektionsmethoden wurden in diesem Zusammenhang vor allem anhand ihres darauffolgenden (zu erwarteten und realisierten) Wahlerfolgs bei nationalen Wahlen bewertet.

Zunächst definiert diese Arbeit innerparteiliche Demokratisierung, um anschließend die Literatur zu Veränderungen in Parteien sowie zur Selektion von politischen Spitzenpersonen und zu innerparteilicher Demokratisierung vorzustellen. Daraus werden politische Logiken der Veränderung des Selektorats abgeleitet, die als Basis für die Datenerhebung und Datenanalyse dienen. Danach werden das Forschungsdesign und die verwendeten Methoden beschrieben, die vor allem auf 16 semi-strukturierten Interviews mit Spitzenpolitiker*innen der ÖVP, SPÖ und der Grünen sowie anderen Primärquellen zu den entsprechenden Entscheidungsdebatten beruhen. Schließlich werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung thematisch gegliedert, präsentiert und diskutiert.

Innerparteiliche Demokratisierung und die Reform der Selektion politischen Spitzenpersonals

Literatur zu innerparteilicher Demokratisierung

Laut Tilly ist ein Regime in dem Maße demokratisch, "in dem die politischen Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern durch eine breite, gleichberechtigte, geschützte und für beide Seiten verbindliche Konsultation gekennzeichnet sind". Es folgt, dass Demokratisierung als "Bewegung eines Regimes hin zu dieser Art von Konsultation" zu verstehen ist (Tilly 2007, 189). Das Prinzip der Demokratisierung als ein sich vertiefender Prozess der Bürger*innenkonsultation kann auch auf andere gesellschaftliche Institutionen wie Parteien übertragen werden. Eine der wichtigsten Rollen, die eine Partei erfüllt, ist die des "Gatekeepers" des demokratischen Prozesses, die sich z.B. bei der Nominierung von Kandidat*innen und bei der Wahl des Parteivorsitz äußert. Der Logik der innerparteilichen Demokratisierung folgend sollten Parteien daher Methoden zur Einbeziehung von Mitgliedern, Unterstützer*innen, Wähler*innen, und Einwohner*innen in die Entscheidungsfindung der Partei bezüglich des politischen Spitzenpersonals einführen (Scarrow 2005, 1).

Gideon Rahat betont, dass nach dieser Vorstellung von Demokratisierung die Selektion der Führung auf Parteiebene bzw. der Kandidat*innen für öffentliche Ämter demselben Prinzip folgen sollte wie Wahlen auf staatlicher Ebene. Die parteiinterne Vorwahl ist damit die "Zwillingschwester der Wahlen" (Rahat 2013, 137). Um als demokratisch eingestuft zu werden, sollte laut Rahat die parteiinterne Kandidatenauswahl die Kriterien von nationalen demokratischen Wahlen erfüllen. Rahat nennt die vier demokratischen Qualitäten: (1) Inklusivität, (2) Freiheit, (3) Fairness und (4) Wettbewerb, die die parteiinterne Demokratie einhalten muss (Rahat 2013, 138-143).

Piero Ignazi (2020, 14-16) stellt sich gegen das etablierte Narrativ, dass Vorwahlen und Mitgliedervoten für die Demokratisierung von Parteien stehen. Er argumentiert, dass reine Inklusion durch die Ausweitung parteiinterner Selektorate unzureichend für die innerparteiliche Demokratisierung sei, da neben Inklusion auch 1) Pluralismus, 2) Deliberation und 3) Diffusion vorhanden sein müssen, damit man analytisch von Demokratisierung sprechen könne. Allerdings betont auch Ignazi, dass Inklusionspraktiken in den richtigen Rahmenbedingungen, die die anderen Elemente der Demokratisierung berücksichtigen, für die innerparteiliche Demokratisierung förderlich sind.

Ein großer Teil der innerparteilichen Demokratisierungsliteratur beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Einführung direktdemokratischer Methoden. Die oben dargestellte prozessorientierte Sichtweise wird daher vermehrt durch eine ergebnisorientierte Betrachtung ergänzt. Führt der Prozess zu einem repräsentativen Ergebnis? Wie Rahat (2013, 146, 147) zu Recht bemerkt, kann es zu einem "innerdemokratischen Dilemma" zwischen Inklusivität und Repräsentation kommen, wenn Politikinstrumente wie Quoten für Frauen und Minderheiten den innerparteilichen Prozessen einschränken, da die Partei von oben herab Regeln auferlegen muss, die die Rahmenbedingungen der Wahl vorgeben. Im gegenteiligen Fall kann es wiederum zu Ergebnissen kommen, die die Gesellschaftsstrukturen nur im geringen Maße widerspiegeln (z.B. ein sehr hoher Männeranteil). Die Öffnung des Selektorats (jenem Teil der Gesamtbevölkerung, der in Vorwahlen wahlberechtigt ist) kann auch dazu führen, dass bestimmte Gruppen, die besonders gut mobilisierbar sind, überproportionale Macht in der Partei erhalten. Rahat (2013, 139) kommt daher zu dem Schluss, dass "es unklar bleibt, ob die Ausweitung des Selektorats dieses repräsentativer für die Wählerschaft macht". Allerdings stellen andere empirische Studien dieses Dilemma in Frage und betonen, dass sich die verschiedenen Selektionspraktiken hinsichtlich der Repräsentation nicht signifikant voneinander unterscheiden (Kenig und Pruyers 2018, 42).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die normative und theoretische Bedeutung des Begriffs der „innerparteilichen Demokratisierung“ umstritten ist. Während ein relativ breiter Konsensus besteht, dass Inklusion neuer Gruppen in das Selektorat den Prozess verstärken kann, gibt es Zweifel an dem Umfang des Konzepts und den zu verwendenden Parametern. Diese Arbeit beschränkt sich daher ausschließlich auf die Demokratisierung von Selektionsprozessen und stellt keinen Anspruch darauf, eine holistische Bewertung breiterer Demokratisierungstendenzen von Parteien darstellen zu können.

Wie in der Einleitung definiert, verstehe ich die innerparteiliche Demokratisierung von Selektionsprozessen in dieser Arbeit als *Einführung von Praktiken, die das Selektorat auf Mitglieder, Unterstützer*innen, Wähler*innen und Einwohner*innen ausweiten*. Innerparteiliche Demokratisierung sollte damit als relationale, graduelle Praktik verstanden werden, die je nach spezifischem Kontext mehr oder weniger große Anteile der Gesamtbevölkerung miteinschließt. Abbildung 1 stellt die verschiedenen Selektorate dar, die an Entscheidungsprozessen zur Besetzung politischer Spitzenpositionen mitwirken können. Innerparteiliche Demokratisierungsprozesse führen zu einer *Vergrößerung* des Selektorats – was in der Abbildung durch sich vergrößernde Kreise illustriert wird. Da die Zusammensetzung

und Größe des obersten Parteigremiums, des Parteitags und der Fraktion in verschiedenen Ländern unterschiedlich ausfallen – und Mitgliedschaft in einem exklusiveren Gremium nicht notwendigerweise Mitgliedschaft in den anderen Gruppen impliziert –, ist das Vorliegen innerparteilicher Demokratisierung nur von Fall zu Fall bestimmbar (dargestellt in Abbildung 1 durch teilweise überlappende Kreise).

Selektorate zur Auswahl politischen Spitzenpersonals

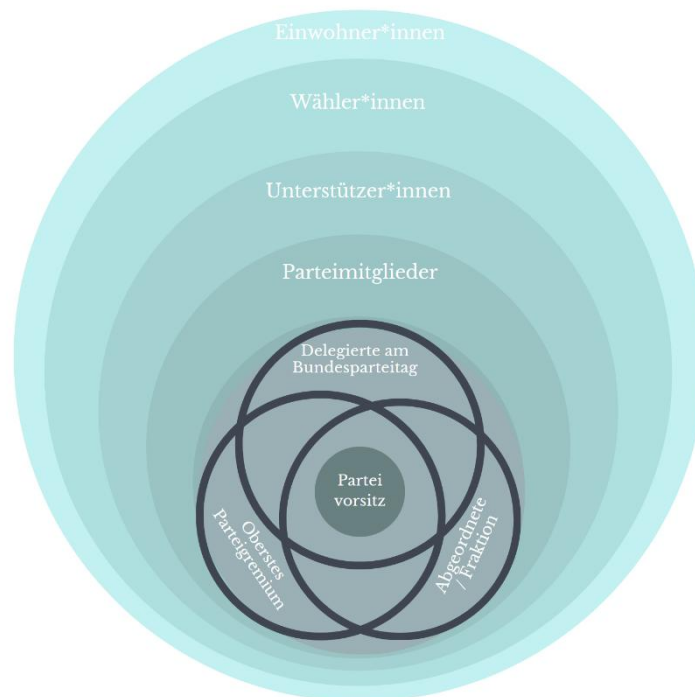


Abbildung 1 - Selektorate zur Auswahl politischen Spitzenpersonals

Selektion politischen Spitzenpersonals

Während sich ein großer Teil der Literatur zur innerparteilichen Demokratisierung (IPD) mit der Entscheidung über Kandidaturen und Parteiführung auseinandersetzt, gibt es eigene politikwissenschaftliche Debatten zur Selektion von Kandidat*innen und der Parteiführung, die auf anderen theoretischen Annahmen basiert. Diese geht spezifischer auf die spezifischen Selektionspraktiken ein und beschäftigt sich mit den Gründen für innerparteiliche Veränderungen. Da die Forschungsfrage, die in dieser Arbeit bearbeitet werden soll, die Logiken für bestimmte innerparteiliche Änderungen behandelt, ist diese Literatur von besonderer Bedeutung für dieses Projekt.

Jede innerparteiliche Veränderung geht davon aus, dass es zunächst einen unterscheidbaren Zustand *ex ante* gibt. Im Fall dieser Arbeit ist daher eine Prämisse, dass Mitte des 20ten Jahrhundert zahlreiche Parteien andere Selektionspraktiken verfolgten, als sie dies heute tun. Diese Veränderung in zahlreichen Ländern ist von mehreren vergleichenden empirischen Studien gut belegt (Pilet und Cross 2014, Cross und Pilet 2015).

Die traditionelle Vorgehensweise der Parteien bei der Auswahl der Kandidat*innen und der Parteiführung war durch ein geringes Maß an Inklusivität geprägt, da nur die Partieliten, die manchmal als "*Old-Boys-Networks*" (Levitsky und Ziblatt 2018) bezeichnet werden, abstimmen durften. Das Selektorat wurde dabei absichtlich klein gehalten und die Partielite rechtfertigte ihre Macht mit dem Hinweis auf den strategischen Charakter der Selektion des politischen Spitzenpersonals. Die Parteitage und Vorstands-/Präsidiumssitzungen fungierten als Wächter der Demokratie, indem sie möglicherweise gefährliche Kandidat*innen ausschlossen und die Vorfilterung von Kandidat*innen ein qualitatives "Peer-Review-Verfahren" darstellte. Diese Art von "Gatekeeping" versetzte die US-Parteien in die Lage, Außenseiter*innen von parteiinternen Entscheidungsprozessen auszuschließen, während in vielen Ländern der Welt extremistische und populistische Kräfte an die Macht kamen (Levitsky und Ziblatt 2017, 51). Gleichzeitig verblieb die Macht zur Selektion der höchsten Vertreter*innen in den Händen einer kleinen Partielite.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es in manchen Parteien zu Veränderungen. Die meistbeachtete Reform im Sinne der Ausweitung des Selektorats ist die Einführung verschiedener Formen von „Primaries.“ Der Begriff "Primaries" umfasst eine Vielzahl verschiedener partizipativer Methoden der Auswahl politischen Spitzenpersonals (Kenig et al. 2015, 147).

Die Arten von Primaries unterscheiden sich daher vor allem durch die Wählergruppen, die sie sich beteiligen können. Kenig et al. definieren eine Methode als Primaries, wenn mindestens 50 % des Selektorats aus der Primary Zone stammt, die aus regulären Parteimitgliedern, Parteianhänger*innen und Wähler*innen besteht. Wenn 100% der Stimmen der Wählerschaft aus der „Primary Zone“ stammen, bezeichnen die Autoren das Verfahren als "pure primaries", während jede andere Kombination von gewichteten Stimmen als "mixed primaries" bezeichnet werden (Kenig et al. 2015, 151-152, Kenig und Pruyssers 2018).

Innerhalb der reinen Vorwahlen ist die umfassendste Form einer Vorwahl die sogenannte "offene Vorwahl", an der alle Wähler*innen teilnehmen können, ob Parteimitglied oder nicht. Bei halboffenen Vorwahlen müssen sich die Wähler*innen registrieren und eine

Erklärung unterzeichnen, in der sie ihre Unterstützung bekräftigen. Alternativ enthalten halboffene Primaries andere minimale Hürden für die Teilnahme wie eine kleine Gebühr. Geschlossene Primaries hingegen sind auf beitragszahlende Parteimitglieder beschränkt. Das letztgenannte Modell ist besonders in Europa üblich und wird manchmal mit zusätzlichen Hürden wie einer Mindestdauer der Mitgliedschaft kombiniert (Kenig et al. 2015, 153)

Kenig und Pruyers (2018, 29) betonen dabei, dass Primaries sowohl die Selektion von Kandidat*innen als auch die Selektion von Parteivorsitzenden miteinschließen, da sie auf derselben Demokratisierungslogik basieren. Die gemeinsamen Merkmale der verschiedenen Methoden sind ihr innerparteilicher Charakter, die Abfolge der Ereignisse (vor einer allgemeinen Wahl) und der Zweck, eine*n Kandidaten*in für ein öffentliches Amt auszuwählen (Kenig et al. 2015, 150). In der Literatur wird dabei entweder die Nominierung von Kandidat*innen durch Vorwahlen oder die Wahl des Parteivorsitz (falls dieser die prospektive Rolle als Spitzenkandidat innehat) behandelt. Wenngleich diese beiden Prozesse sich unterscheiden, ist die Größe des Selektorats für beide Prozesse in beiden Fällen von großer Bedeutung für die Analyse innerparteilicher Demokratie. Insofern ist der größte Teil der Literatur zu Vorwahlen auch für die Wahl von Parteivorsitzenden anwendbar, vor allem in Fällen wie Österreich, wo Parteivorsitz und Spitzenkandidatur fast immer Hand in Hand gehen.

Gleichzeitig muss eine Analyse, die sowohl die Wahl des Parteivorsitzes als auch die Selektion von Kandidat*innen berücksichtigt, auch die möglichen Unterschiede zwischen diesen beiden Selektionspraktiken untersuchen. Aus diesem Grund wurden bei der Fallauswahl dieser Arbeit sowohl Fälle, die sich auf den Parteivorsitz (SPÖ, Grüne), als auch Fälle, die sich auf Parlamentskandidat*innen (ÖVP) beziehen, berücksichtigt. Grundsätzlich werden die beiden Kontexte in dieser Arbeit gemeinsam behandelt, da die zu untersuchende Ausweitung des Selektorats in beiden Fällen dieselben Gruppen und dieselbe Logik verfolgt. Etwaige Unterschiede zeigten bei der Datenerhebung keine klaren Differenzen hinsichtlich der breiteren Argumentationslogiken.

Die Debatte zu den strategischen und normativen Vorteilen von Vorwahlen und Mitgliedervoten hält seit Jahrzehnten an. Manche Forscher*innen betonen die Möglichkeiten zur Partizipation und die Stärkung des Wettbewerbes durch Vorwahlen und Mitgliedervoten. Insbesondere bei offenen Vorwahlen kann eine größere Anzahl von Bürger*innen direkt in den demokratischen Prozess in Parteien einbezogen werden. Außerdem wird ein stärkeres Wettbewerbsumfeld durch die Beseitigung impliziter Barrieren für Außenstehende erwartet (Rahat 2013, 143; Thompson 2010, 207). Darüber hinaus sollte laut Dennis F. Thompson der

"primäre Zweck von Präsidentschaftsvorwahlen" im US-Kontext jedoch die Möglichkeit für die Bürger*innen sein, den "verfassungsmäßigen Charakter" der Kandidat*innen zu beurteilen. Die Beobachtung der Kandidat*innen in einem internen Wettbewerb ermögliche den Wähler*innen, die Fähigkeiten der Kandidat*innen (Thompson 2010, 211-212) einzuschätzen.

Im Fall von Österreich finden sich sowohl Fälle von gemischten Vorwahlen zur Kandidat*innennominierung (NEOS, ÖVP) als auch Mitgliedervoten für den Parteivorsitz (SPÖ). Weiters gibt es einen Fall in dem die Ausweitung nicht zustande kam (Grüne). Die Diversität der Fälle in Österreich erlaubt es die Entscheidungslogiken verschiedener Demokratisierungsdebatten zu verfolgen, um die Entscheidung für oder gegen eine Ausweitung des Selektorats zu rekonstruieren.

Warum sich Parteien verändern

Aber *warum* kommt es überhaupt zu den oben beschriebenen Veränderungen in den Parteien? Angesichts meines Forschungsinteresses ist diese Frage von entscheidender Bedeutung. In einer bekannten Studie aus dem Jahr 1994, präsentierten Robert Harmel und Kenneth Janda eine integrierte Theorie zu Veränderung in Parteien. Sie systematisieren dabei verschiedene Literaturstränge, die innerparteiliche Veränderungen konzeptualisieren. Ist Veränderungen in Parteien „evolutionary“ oder „developmental“, „intentional“, oder „non-intentional“, „exogenous“ oder „endogenous“. Neben den Grenzen der Parteiprozesse (endogen vs. exogen) behandeln die beiden Autoren durch die Unterscheidungen damit auch die „agency vs. structure“-Debatte. Inwieweit sind politische Entscheidungen von der individuellen Präferenz und Kompetenz einzelner Politiker*innen und Führungspersönlichkeiten einer Partei abhängig? Oder sind weitere Strukturen und Veränderungsdynamiken ausschlaggebend für Veränderungen in Parteien?

Während beide Sichtweisen ihre Berechtigung haben, ist die Realität häufig durch eine enge Verflechtung beider Dimensionen gekennzeichnet. In der politischen Soziologie Bourdieus schränkt der Habitus die Selbstbestimmung der Akteure ein, indem bestimmte Handlungsweisen und Entscheidungen logischer erscheinen als andere. Was logisch erscheint, wird jedoch zu einem großen Teil durch kontextspezifische soziale Strukturen bestimmt, die meist nur in Krisenzeiten bewusst reflektiert werden. Veränderungen in Parteien erfordern also sowohl die richtigen gesellschaftlichen Umstände, die eine Erweiterung des Selektorats als logische Lösung erscheinen lassen, als auch die Entscheidungen und Motivationen bestimmter Akteure in ihren jeweiligen Kontexten. Nur die Analyse beider Dynamiken kann den Wandel erklären.

Die wichtigste Prämisse von Harmel und Janda ist dabei, dass sich Parteien grundsätzlich nicht ohne Grund verändern:

„We accept the premise that parties are basically conservative organizations, which will not change simply for the sake of change” (Harmel und Janda 1994, 264)

Sowohl interne Dynamiken als auch Stimuli aus dem Umfeld würden eine Rolle dabei spielen, dass es dennoch zu Veränderungen kommt. Gleichzeitig nehmen Harmel und Janda an, dass Parteien sich vor allem in Antwort auf externe Schocks mit Auswirkungen auf die Parteiziele verändern würden. Ein externer Schock könnte beispielsweise durch eine Wahlniederlage oder den Aufstieg einer neuen Partei erfolgen.

Vielfach suchen Forscher*innen nach rationalen Motiven von Akteuren, um Veränderung zu erklären. Es wird dabei *ex post* angenommen, dass bestimmte Konsequenzen herbeigeführt werden sollten, weshalb eine bestimmte innerparteiliche Entscheidung getroffen werden musste. Oft ist die Rationalitätsannahme allerdings nicht haltbar, besonders da es sich bei Parteien um kollektive Akteure handelt, deren Handlungen (und Konsequenzen) oft nicht von einzelnen Führungspersonlichkeiten bestimmt werden können. Oft lässt sich ein Demokratisierungsprozess im Rahmen einer Reform nicht kontrollieren, sobald er losgetreten wurde. Harmel und Kenneth weisen auf dieses Problem im Forschungsfeld hin:

„There is a tendency in the literature to interpret party change as ‘reform’ and to assume that reforms function as intended – despite reformers’ mixed record of success.” (Harmel und Janda 1994, 275)

Diese Arbeit setzt sich daher nicht mit den Auswirkungen von Veränderungen auseinander, sondern beschränkt sich auf bestimmte Episoden, in denen Entscheidungsprozesse zum Thema Ausweitung des Selektorats im Mittelpunkt standen. In diesen begrenzten Perioden stehen die diskutierten Logiken der Entscheidungsfindung im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Nicht intendierte Auswirkungen werden dabei bewusst von der Analyse weitgehend ausgenommen, wengleich die *ex post* Position des Forschers hierfür sensibel formulierte Interviewfragen notwendig macht.

Logiken der innerparteilichen Reform des Selektorats

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden die Forschungsfragen anhand einer Fallstudie der im österreichischen Nationalrat vertretenen Parteien bearbeitet. Der österreichische Fall ist dafür besonders relevant, da sich, entgegen der Erwartung, dass Vorwahlen und Mitgliedervoten vor allem in Mehrheitswahlsystemen Verbreitung finden, solche Selektionsprozesse auch im Verhältniswahlsystem Österreichs vermehrt wiederfinden. Neben den Fällen der Öffnung (SPÖ), gibt es in Österreich auch Parteien, die sich trotz wiederholter öffentlicher Diskussionen auf höchster Ebene und, teilweise, ersten Versuchen gegen solche Entscheidungsprozesse entschieden (ÖVP, Grüne) und andere Parteien, die die Öffnung des Selektorats bisher noch nicht öffentlich diskutierten (FPÖ) (Ennser-Jedenastik 2014, 64-68).

Auf Basis der bestehenden Literatur zu Veränderungen in Parteien und in Selektionspraktiken, lassen sich die folgenden 7 Logiken ableiten (die jeweils für und gegen eine Reform wirken können). Diese werden in der Folge zur Analyse der Ergebnisse dienen. Ich unterscheide zwischen 1) endogenen (Fokus: parteiinterne Prozesse) und 2) exogenen (Fokus: sozio-politische Umstände und andere Akteure) Logiken. Während die Trennung zur Formulierung von denkbaren Logiken analytisch sinnvoll ist, sind sie in der Praxis eng miteinander verbunden und überlappend. Sie sind in der Praxis nur durch die jeweilige relative Salienz der Entscheidungslogiken unterscheidbar.

Endogen I: Mittel des Machterhalts bzw. der Machtausweitung

Die Ausweitung des Selektorats kann von parteiinternen Akteuren als Mittel des Machterhalts oder als Machtausweigungsstrategie herangezogen werden. Dabei wird in beiden Fällen im Sinne eines Nullsummenspiels eine Änderung der innerparteilichen Machtverteilung angestrebt.

Parteiführungen können offene Selektionsverfahren gezielt einsetzen, um innerparteiliche Widerstände zu brechen oder konkurrierende Gruppierungen zu schwächen. Wauters (2014) zeigt etwa, dass die Einführung innerparteilicher Demokratisierung in belgischen Parteien primär dem Ziel diene, die mittlere Funktionärschicht zu entmachten. In dieser Logik fungieren Vorwahlen oder Mitgliederbefragungen als strategische Instrumente

hegemonialer Akteure, die ihre Legitimität durch den Verweis auf eine breitere Basisbeteiligung stärken und zugleich oppositionelle Kräfte marginalisieren.

Umgekehrt kann die Forderung nach einer Ausweitung des Selektorats von innerparteilich marginalisierten Akteurinnen als Strategie der Machtausweitung eingesetzt werden. Politiker*innen, die über wenig Rückhalt in der Partielite verfügen, reklamieren häufig eine größere Nähe zur Basis und leiten daraus ihren Führungsanspruch ab. Vorwahlen oder Mitgliedervoten eröffnen ihnen die Möglichkeit, bestehende Machtstrukturen zu umgehen – vorausgesetzt, sie verfügen über genügend innerparteiliche Glaubwürdigkeit, um als ernsthafte Alternative wahrgenommen zu werden.

Das Ausbleiben entsprechender Demokratisierungspraktiken lässt sich folglich ebenso strategisch erklären. Parteiführungen oder aufstrebende Akteur*innen können davon absehen, wenn die erwarteten Risiken größer als die potenziellen Gewinne erscheinen. Empirische Befunde legen nahe, dass offenere Selektionsmethoden nicht zwingend zu höherem Erfolg führen (Ennsner-Jedenastik und Schumacher 2015) und bestehende Machtallianzen destabilisieren können. Das Risiko des Verlusts einer privilegierten Position kann zu erheblichen Widerständen führen – ebenso wie der Verdacht, eine vorgeschlagene Demokratisierung diene bloß taktischen Übernahmeabsichten.

Endogen II: (De-)Mobilisierung und Aufwertung / Abwertung der Mitgliedschaft

Cordero und Coller (2018, 10-11) beschreiben das stärkste Argument in der Debatte um die innerparteiliche Demokratisierung als „pursuit of enhancing participation“. In diesem Sinne kann die Einführung von Mitgliedervoten bzw. von Vorwahlen auch als Antwort auf die strukturelle Krise zahlreicher Parteien verstanden werden. Die Kartellpartei-These (Katz und Mair 1995) geht davon aus, dass sich Parteien in einem strukturellen Umbruch befinden, in dem sich etablierte Parteiprozesse immer stärker delegitimieren. Um auf die schwindende Parteibindung zwischen Bevölkerung und Parteien einzugehen, sollen direktdemokratische Elemente eine neue Verbindung zwischen Unterstützer*innen, Mitgliedern und der Partielite schaffen. Die Ausweitung des Selektorats zeigt inkludierten Gruppen, dass ihre Stimme innerhalb der Partei gehört werde, was die Wahrscheinlichkeit sie zu unterstützen verstärkt.

Im starken Kontrast zu dieser Logik, kann die Demokratisierung innerparteilicher Selektionsprozesse die Mitgliedschaft auch abwerten bzw. zur Demobilisierung beitragen. Wenn beispielsweise eine offene Vorwahl zur Kandidat*innenfindung eingeführt werden sollte, würde dies unweigerlich die Mitgliedschaft als Machtquellen schwächen. Mögliche bzw.

bestehende Mitglieder würden sich möglicherweise gegen eine Mitgliedschaft entscheiden, da wichtige Mitspracherechte auch für Außenstehende zur Verfügung stehen. Selbst innerhalb der Partei kann eine Ausweitung des Selektorats als Nullsummenspiel wahrgenommen werden: Je mehr Entscheidungsrechte an eine breite, teilweise wenig aktive Mitgliedschaft delegiert werden, desto stärker verlieren langgediente Aktivist*innen und Funktionär*innen an Einfluss.

Außerdem führt jede Wahl zu Gewinner*innen und Verlierer*innen. Verlierer*innen könnten sich nach einer verlorenen Primary schnell aus der Partei zurückziehen oder die Aktivitäten aus Enttäuschung über das letztliche Resultat einstellen. Aus dieser Perspektive könne die vermeintliche Revitalisierung der Parteibasis paradoxerweise zu einer Schwächung ihrer inneren Kohäsion beitragen.

Endogen III: Verbesserung der Repräsentativität

Es ist wohlbekannt, dass Parteien von bestimmten Parteiliten, oft als Parteioligarchie bezeichnet, dominiert werden (Michels 1911). Oftmals handelt es sich dabei um eine beschränkte Anzahl an Personen, die nicht selten auch durch persönliche Kontakte, sozio-demographische Profile, und geteilte Lebensrealitäten verbunden sind. Befürworter*innen der innerparteilichen Demokratie haben sich mehrfach für eine Ausweitung des Selektorats ausgesprochen, um diese mangelnde Repräsentativität zu bekämpfen. Cordero und Coller (2018, 14) unterstreichen dabei die zugrunde liegende Annahme, dass einfache Parteimitglieder und Unterstützer*innen dem Median-Wähler deutlich ähnlicher sehen als Funktionäre und die Parteiführung. Diese würden daher die Repräsentation des „einfachen Wählers“ besser garantieren.

Allerdings könnte auch das Gegenteil der Fall sein. Laut Kritiker*innen sind bei Primaries oft Männer und sozio-ökonomisch stärkere Kandidat*innen und Wähler*innen überrepräsentiert und die Evidenz bezüglich der Repräsentation ist unklar (Rahat 2013, 146-147; Kenig und Pruyers 2018, 42). Bestimmte Gruppen könnten durch einen Überhang von ökonomischen, kulturellen, und sozialen Kapitals oftmals von Anfang an im Vorteil und einen langen Vorwahlprozess besser bewältigen. Aufgrund der ambivalenten empirischen Situation kann das Argument der Repräsentation daher auch gegen die Ausweitung des Selektorats verwendet werden.

Endogen IV: Suche nach einer erfolgsversprechenden Führungspersönlichkeit

Das Überstehen eines Vorwahlkampfes ist in den Augen vieler Beobachter*innen ein überzeugender Parameter für das Erfolgspotential von Kandidat*innen. Im Sinne der

Wettbewerbsfähigkeit der Partei soll durch eine Primary die publikumswirksamste, eloquenteste, kreativste, oder politisch kompetenteste Person ausgewählt werden. Ausgewählte Kandidat*innen und Führungspersönlichkeiten sind auch die Personen, die in einem frühen Wahlkampf die meisten Unterstützer*innen und Mitglieder überzeugen konnten. Dies könne dazu führen, dass die neu gewählte Person nicht nur eine charismatische, wettbewerbsfähige Persönlichkeit ist, sondern auch inhaltliche Neuausrichtungen der Partei verkörpern kann.

Gegner der Ausweitung des Selektorats können sich darauf berufen, dass ein Primary die Kohäsion in der Partei schwächen und für etwaige Einflussnahmen auf die Selektion verwundbar machen würde. Zur Überzeugung der „Massen“ sei kein kohärentes Programm, das von spezialisierten Parteiliten mitgetragen wird, notwendig, sondern Vorwahlen incentivieren den Erfolg charismatischster, aber möglicherweise inkompetenter Volkstribune.

Exogen I: Anpassung an national und international übliche Demokratisierungs- und Personalisierungspraktiken

Eine weitere mögliche wichtige Rolle bei der innerparteilichen Demokratisierung der Selektion des politischen Spitzenpersonals könnten internationale Normdiffusion spielen (Risse *et al* 1999). Vor allem die Amerikanisierung politischer, sozialer und ökonomischer Prozesse im Zuge der Pax Americana seit den späten 1980er Jahren könnte hierfür zentral sein. Amerikanisierungsprozesse in den 1990ern und 2000ern, zum Höhepunkt der globalen Dominanz von US-Normen, sind vor allem in den ökonomischen und sozialen Kontexten wohl dokumentiert (Ritzer und Stillman 2003). Da innerparteiliche Vorwahlen in den USA besonders früh eingeführt wurden (1968), ist damit anzunehmen, dass die Vorreiterstellung und die verbreitete Nachahmung politischer Prozesse in den USA (Krastev und Holmes 2018) eine Rolle bei der Einführung von Vorwahlen und Mitgliedervoten gespielt haben könnten.

Vorwahlen und Mitgliedervoten werde auch durch aktive Policy-Transfers und den Austausch von „best practices“ zwischen Parteien begünstigt. Parteien sind heute global vernetzt, in regionalen Foren institutionell gekoppelt (z.B. OAS, Europäisches Parlament, etc.) und in stetigen, aktiven Austausch, u.a. um sich während Wahlen gegenseitig zu unterstützen und zu beraten (Dolowitz und Marsh 1996). Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl von Akteuren wie internationale und lokale NGOs, die sich Demokratisierungsbemühungen verschrieben haben. Manche davon setzen sich auch gegenüber Parteien dafür ein, politische Entscheidungsfindungsprozesse demokratisch zu öffnen.

Daher ist eine mögliche Erklärung für die Einführung von Vorwahlen und Mitgliedervoten die Präsenz von internationaler Norm-Diffusion, die im spezifischen historischen Kontext der 1990er und 2000er eine wichtige Rolle gespielt haben könnten.

Gleichzeitig könnte die Nicht-Einführung innerparteilicher Demokratisierungspraktiken in diesem Zusammenhang mit Narrativen des Anti-Amerikanismus, bzw. die Ablehnung liberaler internationalistischer Machtstrukturen, zusammenhängen. Beispielsweise Narrative nationaler Partikularitäten und sozio-kultureller Präferenzen und etablierter Praktiken könnten darauf hindeuten, dass eine solche Logik eine Rolle spielte.

Exogen II: Anpassung an eine neue parteiliche Wettbewerbssituation

Österreich wird immer wieder als Beispiel für ein Land von Konkordanzdemokratie genannt, in dem durch Institutionen wie dem Proporz und der Sozialpartnerschaft die Zusammenarbeit zwischen Parteien einen besonders kooperativen Charakter zeigt. Allerdings haben die letzten 30 Jahre zu einer massiven Polarisierung des Parteienwettbewerbs geführt und Österreich ist heute wohl immer mehr als Konkurrenzdemokratie zu verstehen (Schmidt 2025). Zuletzt haben die schwierigen Regierungsverhandlungen Jahr 2024 und 2025 gezeigt, wie sehr sich der Parteienwettbewerb verschärft hat und die Polarisierung voranschreitet.

Durch den massiven Aufstieg der FPÖ seit den 1980er Jahren, sowie der Gründung der Grünen und NEOS hat sich der Parteienwettbewerb in Österreich von einem effektiven Zweiparteiensystem hin zu einem Mehrparteiensystem entwickelt. SPÖ und ÖVP sind seither im Zeitverlauf immer stärker in der relativen Wählergunst gesunken und haben verschiedene Versuche unternommen, diesen Trend zu stoppen.

Angesichts der neuen Anreize für Parteien in einem sich verändernden Parteienwettbewerb kann daher die innerparteiliche Demokratisierung als Reaktion auf diese Veränderungen verstanden werden. Der Druck durch neue Parteien, die innerparteiliche Demokratisierungspraktiken eingeführt hatten (Die Grünen, NEOS), sowie der Aufstieg der FPÖ wären in diesem Fall als wichtige Aspekte für die Einführung von Demokratisierungspraktiken zu nennen.

Andererseits könnte die neue Wettbewerbssituation auch dahingehend interpretiert werden, dass ein kompetitiverer Parteienwettbewerb geeinte Parteien erfordert, die die sich verkleinernde Stammwählerschaft erfolgreich anspricht, anstatt durch eine Vorwahl möglichst verschiedene Gruppen einzubeziehen. Beispielsweise muss die heutige ÖVP wohl weniger die

Interessen zwischen liberalen zentristischen Unterstützer*innen und nationalistischen Unterstützer*innen ausgleichen (z.B. durch eine klärende Vorwahl), da die beiden Gruppen jeweils durch die erstarkten NEOS und FPÖ eine politische Heimat gefunden haben.

Exogen III: Anpassung an neue Kommunikationspraktiken und Technologien

Innerparteiliche Demokratisierung bei der Selektion politischen Spitzenpersonals kann auch als Anpassung an die Wandlung von Demokratien als zunehmende Publikumsdemokratien darstellen. Diese Demokratievorstellung versetzt laut Manin (2007) die Rechenschaftsverpflichtungen von der Achse Partei-Wählerschaft (Parteiendemokratie) zu Spitzenkandidat-Medien (Publikumsdemokratie). Einerseits ist in diesem Zusammenhang die Kartellparteien-These wichtig, die von einer Entkopplung von Wähler*innen und Parteien ausgeht, die diese Form der Publikumsdemokratie erst ermöglicht. Parteien wurden in vielen Ländern zunehmend von Mitgliedschaftsbeiträgen und aktiven Unterstützung breiterer Bevölkerungsteile unabhängig, da sie durch eine Annäherung an den Staat öffentliche Gelder als Förderungen lukrieren und sich eng mit der politischen Klasse vernetzen konnten. Dabei ist die Inszenierung der politischen Debatte als Elitendiskurs über Massenmedien der zentrale Eckpunkt im Rahmen des demokratischen Prozesses.

Daneben ist auch der sich ändernde Kommunikationskontext entscheidend. Neue Kommunikationsmodi durch direkte (z.B. Social Media) und indirekte Kanäle (z.B. TV) verursachten einen zunehmenden Fokus auf Spitzenkandidat*innen statt Parteien. Dieser Fokus führte zu einer weitgehenden Personalisierung des politischen Diskurses, der vor einem Jahrhundert noch schwer denkbar oder umsetzbar gewesen wäre (Raupp 2020).

Die angesprochenen Entwicklungen legen die Annahme nahe, dass die innerparteiliche Demokratisierung bei der Selektion des politischen Spitzenpersonals mit der Transformation der Demokratie zur Publikumsdemokratie und der Personalisierung des politischen Wettbewerbs zusammenhängt. Vor allem der Wandel der Kommunikationsmodi in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und, vor allem, zur Jahrtausendwende, könnte einen entscheidenden Einfluss auf Demokratisierungsbemühungen gehabt haben.

Die Nicht-Einführung innerparteilicher Demokratisierungspraktiken könnte in diesem Zusammenhang damit begründet werden, dass Vorwahlen und Mitgliedervoten zu mehr Nach- als Vorteilen hinsichtlich des Kommunikationsumfelds führen. Personalisierung und direkte Kommunikation könne besser mit einer unangefochtenen Führungsperson berücksichtigt werden, die sich keinem offenen parteiinternen Wettbewerb stellen müsse.

Logik	Endogen / Exogen	Pro	Con
<i>Mittel des Machterhalts bzw. der Machtausweitung</i>	Endogen I	Entmachtung / Delegitimierung konkurrierender Gruppen bzw. Ausweitung der eigenen Macht	Risiko durch Wettbewerb, Kontrollverlust, Entmachtung Funktionäre, Niederlage führt zu Marginalisierung
<i>(De-)Mobilisierung und Aufwertung / Abwertung der Mitgliedschaft</i>	Endogen II	Primaries erhöhen Attraktivität sich zu beteiligen	Offene Primaries verringern Attraktivität Mitglied zu sein, oberflächliche und kurzfristige Partizipation, Polarisierung und Resignation der Verlierer
<i>Verbesserung der Repräsentativität</i>	Endogen III	Mitglieder/Unterstützer*innen näher an Medianwähler*in	Nicht repräsentative Resultate erwartbar
<i>Suche nach einer erfolgsversprechenden Führungspersönlichkeit</i>	Endogen IV	Wettbewerb führt zu höherer politischer Qualität von ausgewählten Personen	„Volkstribunen“ erfolgreich, die nicht politisch kompetent sein müssen
<i>Anpassung an national und international übliche Demokratisierungs- und Personalisierungspraktiken</i>	Exogen I	„Logik der Angemessenheit“, führt zur Erwartungshaltung Demokratisierungspraktiken zu übernehmen	Nationale und parteispezifische Identitätsansprüche können Konter-Normen stärken
<i>Anpassung an eine neue parteiliche Wettbewerbssituation</i>	Exogen II	Wahlniederlagen und neue Akteure führen zu neuen Anpassungsstrategien, bessere Wahlchancen	Interessenausgleich durch Fragmentierung von Parteien weniger wichtig als zuvor
<i>Anpassung an neue Kommunikationspraktiken und Technologien</i>	Exogen III	Neues Kommunikationsumfeld führt zu Personalisierung und Publikumsdemokratie	Offen ausgetragener Konflikt kann Wahlchancen mindern und Partei schwächen

Tabelle 1 – Sieben Logiken der (Nicht-)Einführung von Primaries

Forschungsdesign

Um zu untersuchen, warum sich Parteien für und gegen offenere Selektionsprozesse politischen Spitzenpersonals entscheiden, führe ich eine österreichische Fallstudie durch, die sich auf bestimmte Entscheidungsepisoden in drei der bedeutendsten Parteien des Landes fokussiert. Dieser Abschnitt dient der Erläuterung der verwendeten Forschungsmethoden, der Fallauswahl sowie des damit verbundenen Forschungsdesigns.

Ontologische Prämissen und Epistemologie

Zunächst gilt es die Beobachtungseinheit und die Datenbasis dieser Arbeit zu erläutern. Da sich die Forschungsfrage auf die Argumentationslogiken der Einführung bzw. Nicht-Einführung von Vorwahlen und Mitgliedervoten bezieht, beruht die folgende Analyse auf diskursiven Praktiken. Im Gegensatz zu post-strukturalistischen Diskursanalysen geht es aber dabei nicht um Machtstrukturen, die vom Diskurs selbst repräsentiert und naturalisiert werden. In Anlehnung auf die politische Soziologie von Pierre Bourdieu geht es in dieser Arbeit darum, die dem Diskurs zugrunde liegenden sozialen Logiken zu analysieren. Damit ist die Beobachtungseinheit nicht das Wort und seine semantische Bedeutung, sondern die zugrunde liegenden Praxis, die bestimmte Entscheidungen logisch und andere unlogisch erscheinen lassen. Wie kam es dazu, dass die Einführung von Vorwahlen und Mitgliedervoten als logisch sinnvolle und mögliche Reformoptionen gesehen werden, während es in früheren Dekaden weitaus weniger Befürworter*innen gab? Was können uns diskursive Praktiken von Akteuren im politischen Feld darüber sagen, welche strukturellen Veränderungen zu einer solchen Verhaltensänderung beigetragen haben könnten?

Konkret wird bei praxisorientierten Interviews daher besonders Wert auf die Erfassung von Handlungen, Ereignissen, und feldspezifischen Entwicklungen gelegt. Fragen beziehen sich daher oft auf die Logik bestimmter Veränderungen, das beobachtete Verhalten von Akteuren, und Prozessen. Die eigenen (subjektiven) Einschätzungen der Interviewpartner*innen sind damit weniger bedeutend, da es um die Erfassung bestimmter intersubjektiver Logiken des politischen Feldes und deren Praktiken geht.

Datenbasis und Erhebungsmethoden

Um die intersubjektive Logik bestimmter Argumente und Entscheidungsdebatten zu erforschen, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten. Wenn es beispielsweise archivierte Protokolle von Sitzungen und öffentliche Stellungnahmen gibt, können Argumentationslogiken auf Basis solcher Daten rekonstruiert werden. Die vorliegende Arbeit beruft sich in allen drei

Fällen auf solche Quellen, beispielsweise auf die Aufzeichnung des Bundeskongress der Grünen 2021, in der Delegierten zum Thema der Einführung einer Urwahl debattierten. Weiters wurden die Vorwahlen der ÖVP 1994 zeitnah in mehreren wissenschaftlichen bzw. ÖVP-nahen Publikationen (wie dem Jahrbuch der Politik und der Diplomarbeit von Generalsekretär Othmar Karas) diskutiert, was eine weitere wichtige Quelle für diese Arbeit darstellte.

Allerdings findet ein Großteil der innerparteilichen Entscheidungsfindungsprozesse zunächst informell statt. Dabei liegen weder historische Archive noch sonstige Aufzeichnungen vor. Oftmals wird in formalen Gremien nur noch offiziell bestätigt, was zuvor bereits verhandelt und besprochen wurde. Ein Beispiel für eine solche Dynamik ist der Rückzug mehrerer signifikanter Abänderungsanträge beim Grünen Bundeskongress 2021, die auf informelle Vorabgespräche zwischen Delegierten am Vorabend der Veranstaltung zurückzuführen sind. Da diese Dimension von Debatten und Entscheidungsfindungsprozesse daher nicht durch öffentliche zugängliche Quellen abgedeckt werden kann, sind oftmals Interviews die vielversprechendste Methode diese sozialen Situationen zu analysieren. Ich führte daher 16 semi-strukturierte Eliteninterviews mit Interviewpartner*innen durch, die im jeweiligen zeitlichen und thematischen Kontext Einsicht in die innerparteilichen Entwicklungen hatten.

Dabei erfolgte die Auswahl der Interviewpartner*innen auf Basis von drei Kriterien, von denen mindestens zwei erfüllt sein mussten: 1) Die Person hatte in der analysierten Entscheidungssituation eine organisatorische Führungsrolle (Geschäftsführer*in, Parteisekretär*in, etc.), 2) Die Person hat ein gewichtiges Mandat (Delegierte zum Parteitag, Nationalrat, Bundesrat, etc.), und 3) Die Person hat sich in öffentlich einsehbaren Kanälen zur Entscheidungsfindung geäußert und eine Präferenz artikuliert.

Die Interviews folgten einem semi-strukturierten Leitfaden, der die behandelten Logiken durch thematische Fragenblöcke abbildete (siehe Anhang A). Der Leitfaden wurde im Laufe der Feldarbeit immer wieder angepasst, wenn neue fallspezifische Erkenntnisse einfließen konnten. Beispielsweise wurde im ersten Interview mit einer grünen Delegierten klar, dass der Begriff „Autobusdemokratie“ in der grünen innerparteilichen Debatte als wichtiger und sinnvoller Begriff verwendet werden könnte. In den darauffolgenden Interviews fragte ich immer wieder nach diesem Begriff und seiner Bedeutung, was bei grünen Interviewpartner*innen ausnahmslos sofort verstanden wurde. Daraus ergeben sich äußerst hilfreiche Erklärungen zu vorgebrachten Argumenten und etablierter innerparteilicher Kritik, die in den Kontexten anderer Parteien keine vergleichbare Bedeutung hatte. Neben den

Kernfragen stellt Anhang A manche solcher induktiv generierten Fragen dar, die nur in späteren Interviews verwendet werden konnten.

Fallauswahl

Neben praktischen Überlegungen gibt es mehrere theoretische Gründe, warum eine österreichische Fallstudie besonders gut geeignet ist, die oben gestellte Forschungsfrage zu behandeln. Einerseits gibt es (verständlicherweise) in der Literatur eine starke Tendenz dazu nachhaltige Ereignisse zu priorisieren. Während es beispielsweise in vielen Fällen in den USA, Frankreich, oder Italien zu nachhaltigen Veränderungen von Selektionsprozessen in Parteien kam, werden Fälle, in denen von solchen Veränderungen abgesehen wird, oft nicht hinsichtlich der innerparteilichen Demokratisierung erforscht. Österreich ist sicherlich kein Vorreiter der innerparteilichen Demokratisierung und aufgrund des Verhältniswahlsystems ist die Abhaltung von Vorwahlen auch weniger zu erwarten als in Mehrheitswahlssystemen. Allerdings kam es in Österreich zu Änderungsversuchen oder temporären Änderungen – und die Erforschung der Gründe für – aber auch gegen – solche Reformen kann am besten durch eine Mischung von erfolgreichen und nicht erfolgreichen Fällen analysiert werden.

Alle drei ausgewählten Fälle beziehen sich auf die österreichische Bundespolitik und inkludiert sowohl Großparteien (SPÖ, ÖVP) als auch Kleinparteien (Grüne). Um verschiedene Formen der innerparteilichen Demokratisierung der Selektion politischen Spitzenpersonals zu analysieren, wurde bei der Wahl der Fälle sowohl der Zeitrahmen (1994, 2021, 2023) als auch das angestrebte Amt (Nationalratskandidat*innen, Bundesparteivorsitz) variiert. Außerdem variieren die Fälle bezüglich ihrer temporalen Kontinuität. Während im Fall der ÖVP die Vorwahl einen nicht wiederholten Prozess darstellte, führte die SPÖ Mitgliederbefragung 2023 zu einer SPÖ-Statutenänderung. Tabelle 2 stellt die drei untersuchten Fälle anhand des Kontexts und des Ergebnisses dar.

Partei	Jahr	Kontext	Ergebnis
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1994	ÖVP-Vorwahlen für Kandidat*innen zum Nationalrat	einmalige Durchführung der Vorwahlen, anschließende Nichtfortführung
Die Grünen	2021	Debatte um mögliche Parteivorsitzwahl durch Mitglieder	Statutenreform verfehlte die benötigte 2/3-Mehrheit am Bundeskongress
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	2023	SPÖ-Mitgliederbefragung und Kampfabstimmung zum Parteivorsitz	Führungswechsel und Institutionalisierung von Mitgliedervoten

Tabelle 2 – Die drei untersuchten Fälle (ÖVP 1994, Grünen 2021, SPÖ 2023)

Datenanalyse

Zunächst wurden Primär- und Sekundärquellen identifiziert und Daten gesammelt. Oftmals musste auf Snowball-Sampling zurückgegriffen werden, da der Zugang zu Eliteninterviews äußerst große Herausforderungen mit sich bringen kann. Während trotzdem auf eine möglichst breite Abbildung verschiedener Positionen und Perspektiven innerhalb des Feldes geachtet wurde, müssen während der Analyse dennoch auf die Sampling-Strategie zurückzuführende systematische Fehler und Lücken reflektiert werden.

Die 16 Interviews, die jeweils 30 bis 70 Minuten in Anspruch nahmen (Durchschnitt etwa 45 Minuten) wurden zunächst Mithilfe von Transkriptionssoftware (Happyscribe) und darauffolgender manueller Bearbeitung transkribiert. Die Software wurde auf Basis der Qualität der Transkription von österreichischem Deutsch und Datenschutzüberlegungen ausgewählt und durch eine Monatsmitgliedschaft vom Forschenden finanziell gedeckt.

Nach der vollständigen Transkription codierte ich die Transkripte mithilfe deduktiver Codes im Programm MaxQDA. Die Codes entsprechen in etwa den sieben oben beschriebenen Logiken der innerparteilichen Demokratisierung. Weiters wurden eine Reihe induktiver Codes hinzugefügt, um einzelne nicht von den Codes erfassbare Argumentationslogiken zu erfassen und zu erweitern. Um meine eigenen Ergebnisse zu triangulieren, führte ich mithilfe der in HappyScribe integrierten AI eine weitere Analyse durch. 10 verschiedene Zusammenfassungen wurden dabei erstellt. Einerseits eine Übersicht über die wichtigsten Argumente in jedem der 3

analysierten Fälle. Danach wurden die Interviewdaten gezielt nach Aussagen mit Bezug auf die sieben Logiken untersucht. Die Ergebnisse waren weitgehend mit meiner eigenen Analyse kompatibel, zeigten allerdings Schwierigkeiten dabei, Prozesse und „Slogans“ zu unterscheiden und bezogen sich oft auf oberflächliche oder allgemeine Aussagen, anstatt auf die tiefergehenden Schilderungen einzugehen. Außerdem ergaben sich Probleme beim Verständnis des Begriffs „Vorwahl“ in verschiedenen Kontexten. Allgemein wurden allerdings die Ergebnisse meiner eigenen Analyse durch die AI-geleitete Zusammenfassung der Rohdaten bestärkt.

Ergebnisse

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung präsentiert. In fünf Unterabschnitten werden verschiedene Entscheidungslogiken nachgezeichnet. Sie repräsentieren die Resultate der thematischen Analyse, die auf der Codierung der Interviews basiert und durch weitere Primär- und Sekundärdaten ergänzt wurde, und stellen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich der wichtigsten diskursiven Praktiken gegenüber.

a. Instrument zur Maximierung des Einflusses der Partei

In Demokratien hängt der (wahrgenommene) Einfluss einer politischen Partei vor allem von den Wahlergebnissen ab. Je höher die Zustimmung für eine Partei unter den Wähler*innen ist, desto mehr politisches Kapital akkumulieren Kandidat*innen und Parteilisten und desto stärker ist ihre Position im politischen Feld. Diese Leitlogik des politischen Feldes ist meist unausgesprochen, leitet jedoch die Handlungen erfolgreicher politischer Akteure. Die Wahlperformance kann somit auch als „Ankerpraxis“ des politischen Feldes verstanden werden (Pouliot und Thérien 2023). In diesem Sinne wird Erfolg in der Politik durch die Maximierung von Wählerstimmen – vor allem im Verhältnis zu anderen Parteien – gemessen.

In den drei analysierten Fällen war die Entscheidungsdebatte stark von dieser Logik geprägt. Befürworter*innen inklusiverer Selektionsprozesse betonten die Rolle des Parteienwettbewerbs und die Hoffnung, die Wahlergebnisse der Partei zu verbessern.

„Am Ende des Tages gibt es zwei Kriterien (...). Das eine ist, man könnte sagen, ich erhöhe die Wahlbeteiligung, indem ich jemanden sehr Attraktiven auf der Liste habe und/oder ich erhöhe die Stimmen für die Partei, die Anzahl der Stimmen, also die Prozentsätze für die Partei. Die zwei Kriterien zählen am Ende des Tages für eine Partei, und es ist kein Beauty Contest am Ende des Tages, sondern am Ende des Tages muss das Ergebnis besser sein. Wenn das Ergebnis nicht besser ist ... hm...“ (Willhelm Molterer, ÖVP)

Im Fall der ÖVP in den 1990er Jahren war die Entscheidung, Vorwahlen zu organisieren, laut mehreren Interviewpartner*innen durch die lange Oppositionszeit bis 1987 geprägt. Während der von der SPÖ geführten Regierungen war die ÖVP jahrelang auf der Suche nach neuen Konzepten, um ihre Wahlperformance zu verbessern. Erhard Busek, der in Wien die „bunten Vögel“ anführte, wurde in jener Zeit als Parteireformer wahrgenommen, der durch Liberalisierung und Innovation die Wahlchancen der ÖVP verbessern könne. Die Öffnung der Partei sollte zum Alleinstellungsmerkmal einer neuen ÖVP werden, die in der Zeit nach dem

Kalten Krieg mit der Zeit geht. Wie mehrere Interviewpartner*innen betonten, war daher der Wunsch nach Erneuerung und Reform vor allem durch die Sehnsucht nach neuen Wahlerfolgen in Zeiten der Opposition entstanden.

Als die ÖVP 1987 in die Regierung eintrat, blieb diese Debatte weiterhin bestehen, stieß jedoch auf zunehmenden Widerstand. Zum Zeitpunkt der Vorwahlen 1994 äußerten sich die unterschiedlichen Einschätzungen zur Wettbewerbssituation der Partei und der Notwendigkeit von Reform in einem fragmentierten Bild verschiedener Vorwahlsysteme, da mehrere Bundesländer der ÖVP-Parteiführung die Gefolgschaft verweigerten. Wie in mehreren Interviews betont wurde, war neben praktischen Überlegungen der fehlende Wahlerfolg im Jahr 1994 der entscheidende Faktor für die Nicht-Fortführung des Vorwahlsystems. Erhard Busek, der Wahlerfolge durch verstärkte Bürger*innenbeteiligung versprochen hatte, wurde nach der Wahl abgelöst. Insgesamt kann daher hinsichtlich der oben diskutierten Logiken darauf geschlossen werden, dass eine Kombination von Argumentationsmustern, welche das (erwartete) Endergebnis bei Wahlen betonen, eine entscheidende Rolle spielt. Dies wurde in Interviews teilweise auf die Mobilisierung von Partizipation (Endogen II), die Suche nach attraktiven Kandidat*innen (Endogen IV) sowie auf die kompetitive Wettbewerbssituation (Exogen II) zurückgeführt.

Allerdings steht für einige Interviewpartner*innen das Abhalten einer Vorwahl im Widerspruch zum „effizienten“ Auftritt als Partei im Parlament. Beispielsweise artikulierte Othmar Karas in seiner Diplomarbeit 1995, die er während seiner Zeit als Generalsekretär der ÖVP schrieb, das Dilemma in folgender Weise:

„Jede Partei steht bei der Diskussion über die Reform der Kandidatenaufstellung vor zwei einander entgegengesetzten Imperativen. Der eine ist, den Notwendigkeiten eines effizienten, unabhängigen Parlamentarismus Rechnung zu tragen und der andere ist der Ruf, Wille und/oder Zwang, die Kandidatennominierung offener zu gestalten und weiter zu demokratisieren,“ (Othmar Karas 1995)

Laut Karas (1995, 109, 146), der eine Befragung von etwa einem Viertel der Vorwahlkandidat*innen der ÖVP (n=117) durchführte, sammelten 73% der Befragten „positive Erfahrungen“. Wenngleich die Ergebnisse der Befragung mit großer Vorsicht zu genießen sind (wurde die Befragung doch vom baldigen ÖVP-Generalsekretär verschickt), ist es dennoch überraschend, dass eine Methode, die eine große Mehrheit an parteiinternen Unterstützer*innen hinter sich vereint, nicht weitergeführt wurde. Die scheinbar der Zufriedenheit der Kandidat*innen entgegenstehende Logik der ex-post-Evaluierung des Effekts auf das Wahlergebnis scheint eine wichtige Rolle dabei gespielt zu haben, die Zufriedenheit vor allem

nach der Nationalratswahl zu senken. Der Befragungszeitraum inkludiert sowohl die Phase vor als auch nach der Wahl (15. September – 31. Oktober; die Nationalratswahl fand am 9. Oktober statt), weshalb ein Vergleich der Zufriedenheit der Kandidat*innen bzw. nach der Wahl mögliche interessante Einsichten ermöglichen würde (die Daten liegen nicht disaggregiert vor)

Die Argumentation der Gegner von inklusiven Selektionspraktiken unterstreicht die Zentralität der Diskussion um die Wirkung von Primaries durch die betonte Verneinung einer stimmenmaximierenden Wirkung. Beispielsweise entgegnete ein SPÖ-Abgeordneter, der dem Mitgliedervotum 2023 eher kritisch gegenüberstand, dem Argument der Befürworter*innen:

„Automatisch zu glauben, weil es ein Mitgliedervotum gibt, wird sich das positiv aufs Wahlergebnis auswirken ... nein. Das sehe ich als zwei völlig verschiedene Paar Schuhe. Das eine ist eine parteiinterne Geschichte, die automatisch auch nur die Partei selber und Journalisten interessiert. Der Öffentlichkeit, behaupte ich, grosso modo, ist es völlig egal, wie wir als SPÖ zu unseren Vorsitzenden kommen.“ (SPÖ-Abgeordneter)

Hannes Sowobda teilte seine Ablehnung gegenüber einer solchen Argumentationslogik.

„Ich glaube, der große Irrtum ist, dass die, die das [Mitgliedervotum] so hundertprozentig vertreten, glauben, dass interne demokratische Prozesse dazu führen, dass man so eine Partei mehr wählt. Das, glaube ich, ist nicht der Fall.“ (Hannes Swoboda, SPÖ)

Im Gegenteil könne es sogar kontraproduktiv für die Macht der Partei sein, den Wahlchancen der Partei schaden, innerparteiliche Bruchlinien zur Schau zu stellen. Generell wurde die Argumentationslogik, dass innerparteiliche Demokratie Wählerstimmen anwerben würde, von den Befürworter:innen eines Mitgliedervotums in der SPÖ in Interviews nur begrenzt angeführt - was auch an der ex-post Rechtfertigung des de-facto Stimmenverlusts bei der Nationalratswahl 2024 liegen kann.

Bemerkenswerterweise standen bei grünen Interviewpartner*innen im Vergleich zu den SPÖ- und ÖVP-Interviews vor allem interne Motive im Zentrum der Debatte. Die relative Macht der Partei kam vor allem über das Narrativ der „Parteiereinigung“ zum Ausdruck. So betonte Johannes Rauch, der Teil der Statutenreformgruppe zur Einführung der Urwahl war, dass die Statutenreform vor allem im Kontext der Krise der Partei im Jahr 2017 zu sehen sei. Die Regierungsbeteiligung ab 2020 führte zum Wunsch, die „Handlungsfähigkeit der Partei“ zu erhöhen. Er sah das Statuten-Reformpaket als „Nagelprobe für die Regierungstauglichkeit“, da neben der Urwahl auch das

Nominierungsrecht der Kandidat:innen des Bundesparteivorsitzes erweitert werden sollte. Damit stand zumindest implizit auch die Stärkung der Partei für zukünftige Wahlauseinandersetzungen und Regierungsverhandlungen im Mittelpunkt.

b. Konflikt um die Macht der Parteiführung

Eine weitere, sich durch fast alle Interviews spannende Entscheidungslogik bezog sich auf die relative Macht der Parteiführung (Endogen I). Wie am Ende des letzten Unterabschnitts beschrieben, war die Erweiterung der „Handlungsfähigkeit“ der Parteiführung ein zentrales Motiv der Reformbemühungen bei den Grünen. Die Kopplung von Urwahlversprechen (mit einem starken Mandat für den/die Gewinner*in) mit einer Erweiterung der Nationalrats-Nominierungsrechte durch den Bundesparteivorsitz wurde von Befürworter*innen und Gegner*innen als relative Machtverschiebung interpretiert.

Laut übereinstimmender Schilderung der Ereignisse agierte die Statutenreformgruppe in enger Absprache mit der Bundesparteiführung, wenngleich die höchsten Parteiamtsträger (wie z.B. Vizekanzler und Bundesprecher Werner Kogler) in der Debatte keine klare Stellung bezogen. Dies wurde in manchen Interviews auf taktische Gründe zurückgeführt.

„Ich glaube, die haben sich herausgehalten. Meiner Erinnerung nach war das immer so in Statutendebatten, dass die Parteiführung sich herausgehalten hat, auch wissend, wie heikel das ist, weil du machst dich natürlich angreifbar, wenn du für die eine oder andere Position akkurat Stellung beziehst und sagst, okay, soll der Bundeskongress entscheiden? Hinter den Kulissen wurde schon gekurbelt, aber öffentlich exponiert hat sich da keiner.“ (Johannes Rauch, Die Grünen)

Gegner*innen der Statutenreform betonten die massiven innerparteilichen Risiken für die etablierten Machtstrukturen innerhalb der Partei. Vor allem kritisierten Gegner*innen die doppelte „Entmachtung des Bundeskongresses“, der laut etablierten Parteistatuten die Bundessprecherei bestimmt und die Bundesliste der Nationalratswahl anfertigt. Die Einführung der Urwahl wurde daher von zahlreichen Gesprächspartner*innen grundsätzlich befürwortet, jedoch aufgrund der Sorge um die Ausweitung der Macht der Parteiführung bei dem Bundeskongress 2021 abgelehnt.

„Wenn das beides durchgegangen wäre, wäre das eine doppelte Entmachtung des Bundeskongresses gewesen, der über diese Statutenänderung abgestimmt hat. Das heißt, eine Selbstentmachtung. Und ich glaube, es hat unterschiedliche Widerstandsgruppen zu beiden gegeben und die haben sich sozusagen summiert.“ (Grüner Delegierter zum Bundeskongress 2021)

Die Einführung der Urwahl wurde also als Möglichkeit gesehen, den Bundesparteivorsitz mit mehr Macht auszustatten. Laut Johannes Rauch spielten dabei vor allem vergangene Erfahrungen des Kontrollverlusts eine Rolle:

„Also wenn ich mich richtig erinnere, dann war es die Notwendigkeit, dass es eine Möglichkeit [Anm: für die Parteiführung] geben muss, die Listen mitzubestimmen. Das war ein stetiger Kampf und das hat es auch ganz viele üble Verletzungen gegeben, auch bei Bundeskongressen, mit KampfAbstimmungen und Hinauswählen. Und der Gipfel war ja dann die [Anm. Peter] Pilz-Kandidatur als eigene Liste. Das war einer der Gründe. Da ist es gescheitert über dieses Prozedere. Man weiß ja, hätte man die Möglichkeit gehabt, wäre das eingefangen worden. Es sind viele über KampfAbstimmungen auf Bundeskongressen unfreiwillig hinausgeflogen. Das war immer hardcore.“ (Johannes Rauch, Die Grünen)

Ähnlich wie im Fall der Grünen kam die Initiative zur Reform der Selektionspraktiken im Fall der ÖVP von der Parteiführung. Vor allem der Bundesparteivorsitzende Erhard Busek setzte sich laut allen ÖVP-Interviewpartner*innen persönlich stark für die Erweiterung von Beteiligungsformen ein. Durch die starke Kopplung seines eigenen politischen Narrativs mit den Vorwahlen war die Durchführung von besonderer Bedeutung für ihn, wenngleich formal die Kontrolle der Parteioligarchie und seines Führungsteams beschränkt wurde.

Allerdings betonten mehrere Interviewpartner*innen, dass aufgrund der praktischen Implementierung der Vorwahlen letztlich Ergebnisse zustande kamen, die zu einem großen Teil dem Interesse bzw. der Erwartungshaltung der Parteiführungen auf Landes- und Bundesebene sowie der großen Teilorganisationen entsprachen. Große Überraschungen blieben in den meisten Fällen aus, was die weiterhin bestehende Vorselektions-Macht der ÖVP-Parteioligarchie unterstreicht. Rainer Nick schätzte 1995 die Wettbewerbssituation der Vorwahlen folgendermaßen ein:

„Die ÖVP führte 1994 weitgehend offene, kompetitive und innerparteilich organisierte Vorwahlen durch, deren Ergebnis verbindlich war. (...) Allerdings gab die ÖVP (...) keineswegs ihr Monopol auf die Rekrutierung von Kandidaten auf. In sämtlichen Vorwahlstatuten sind Sicherungen eingebaut, die die Kontrollen über die Auswahl der Kandidaten auf Regionalkreisebene, erst recht auf Landesebene, garantieren. (...) Darüber hinaus erhielten die ÖVP-Vorwahlen für den Wähler nur sehr wenige kompetitive Momente, denn zum einen war in der Mehrzahl der Regionalwahlkreise eine klare Favoritenrolle besetzt, zum anderen wurde von vornherein die Landesliste als Sicherungsnetz betrachtet. Die „Opfer“ dieses Vorwahlgangs halten sich demnach in Grenzen.“ (Nick 1995, 97-98)

Wenngleich die Vorwahlen so organisiert waren, dass nur ein kleiner Teil der von der Parteiführung favorisierten Kandidat*innen „Opfer“ der Vorwahl wurden, führten die Vorwahlen dennoch zu zahlreichen Verletzungen und Machtkämpfen. Verschiedene

Teilorganisationen und Gruppierungen konkurrierten um die strategisch bedeutende Vornominierung für bestimmte Vorwahlkreise:

Hinzu kam eine beginnende, rein bündisch motivierte Kandidatennominierung. Mein Telefon lief damals heiß: „Bitte kandidiere, denn dann hat der (die) keine Chance, usw. Ich habe nie gegen jemanden, sondern immer nur für etwas kandidiert, ich bin nicht Spielball gegen Menschen, sondern stehe für Ziele, Ideen und Positionen.“ (Karas 1995, 5)

Hinsichtlich der Macht der Parteiführung ist der Fall der SPÖ 2023 der wohl abweichendste. Während die Fälle der ÖVP und Grünen auf eine (letztlich gescheiterte) Top-Down Initiative der Parteiführung zurückgehen (Endogen I), lässt sich der Fall der SPÖ nicht so kategorisieren. Klar ist, dass die Idee des Mitgliedervotums erstmals öffentlich durch Hans-Peter Doskozil kommuniziert wurde, der nach der Kärntner Landtagswahl, bei der die SPÖ unter den Erwartungen zurückblieb, seine Übernahmevorstellungen artikulierte (Die Presse 2023, Der Standard 2023). Insofern würde dieser Fall klar der Logik einer Übernahmestrategie entsprechen. Den Ereignissen ging ein langer Machtkampf innerhalb der verschiedenen Lager innerhalb der SPÖ voran, bei dem die Bundesparteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner immer stärker unter Druck geriet.

Einerseits betonten Interviewpartner*innen die lange Vorgeschichte des Streits und der innerparteilichen Polarisierung zwischen den rechten, liberalen und linken Kräften innerhalb der SPÖ. Angesichts des andauernden Konflikts wurde das Mitgliedervotum als legitime Option angesehen, um die machtpolitische Spannungssituation zu entschärfen.

„Und die Parteivorsitzende stand ja schon immer wieder unter Kritik. Aber ehrlicherweise hat sich damals niemand auch aus der Deckung getraut und gesagt: ‚Ich mache es.‘ Deswegen hat man schon monatelang darauf hingedrängt, dass es in irgendeiner Art und Weise eine Änderung gibt, aber formuliert hat es keiner, muss man sagen. Und dann ist eben diese Debatte zum Thema der Direktwahl ausgebrochen.“ (Christian Sapetschnig, SPÖ)

Ein Befürworter der Mitgliederbefragung, der Andreas Babler unterstützte, sah die zynische Machtfrage innerhalb der Partei als entscheidenden Faktor, warum die von ihm favorisierte Befragung durchgeführt werden konnte:

„Das hat mit Demokratisierung null zu tun. Der Dosko [Anmerkung: Hans-Peter Doskozil] hat gedacht, er hat eine Mehrheit und die Wiener haben auch gedacht, sie haben eine Mehrheit.“ (Unterstützer von Andreas Babler)

Insofern kann der Anstoß einer Debatte zur Durchführung einer Mitgliederbefragung als kompetenter taktischer Schritt im Rahmen einer Übernahmestrategie interpretiert werden.

Erstaunlich ist dabei nicht unbedingt die Forderung, die von Hans-Peter Doskozil wohl als einzige realistische Option gesehen wurde, den Machtkampf innerhalb der Partei für sich zu entscheiden. Erstaunlich ist vor allem, wie schnell sich die SPÖ-Parteioligarchie auf ein solches Vorgehen einließ, obwohl die Partei laut Bundespartei sekretär Christian Sapetschnig „nicht auf das Mitgliedervotum vorbereitet war.“

Einerseits ist sicherlich die oben erwähnte Einschätzung, dass jede Seite eine Mehrheit hinter sich glaubte, ein Teil der Erklärung. Andererseits kam es wohl zu einer Veränderung im politischen Feld, durch die ein Mitgliedervotum als „logische“ Lösung für innerparteiliche Machtkonflikte empfunden wurde. Dies war in vergangenen SPÖ-Führungsdebatten nicht der Fall. Noch 2015 wurde Werner Faymann ohne formale Befragung nach innerparteilichen Protesten und Beratungen in höchsten Parteigremien abgesetzt. Insofern ist bemerkenswert, dass die Parteiführung die Mitgliederbefragung als Instrument der Parteieinigung und der Stärkung der Parteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner verstand. Die Mitgliederbefragung wurde von der einen Seite als Übernahmestrategie, auf der anderen als Mittel der Parteieinigung hinter der Parteivorsitzenden interpretiert, weshalb eine überraschend schnelle Entscheidung für das Mitgliedervotum erzielt wurde. Außerdem lässt diese Entscheidungsfindung auf eine zunehmende Polarisierung innerhalb der SPÖ schließen, da sonst etablierte Konfliktlösungsmethoden Anwendung gefunden hätten:

„Wenn sich ein Kandidat als der gute Kompromisskandidat aller Interessensgruppen hervorgetan hätte, dann wäre es wahrscheinlich der geworden. Dann hätten wir den wahrscheinlich präsentiert, wie man die letzten Machtübergaben alle gemacht hat. Wenn es jemanden gegeben hätte, der im Vorstand auch breite Unterstützung hat. Den gab es nicht. Das ist, glaube ich, schon ein entscheidender Faktor für die Einführung dieser Mitgliederbefragung.“ (Christian Sapetschnig, SPÖ)

c. Die Macht der Mitglieder: Risiko durch ‚Autobusdemokratie‘ oder Chance?

In der Literatur ist die Erneuerung der Parteien durch die Aufwertung der Mitgliedschaft immer wieder ein Argument für die innerparteiliche Demokratisierung von Entscheidungsprozessen (Endogen II). In den untersuchten Fällen wurde die Ermächtigung von Mitgliedern nur selten als wichtiger Grund für oder gegen inklusivere Selektionspraktiken gesehen. Nur im Fall der SPÖ betonte ein Interviewpartner die massive Beteiligungswelle und Neueintritte, die letztlich zur Wahl von Andreas Babler führten.

Für andere SPÖ-Interviewpartner*innen ist die Eintrittswelle zwar generell begrüßenswert, aber nicht mit qualitativem Engagement gleichzusetzen. Die Erwartung wäre

bei diesen Interviewpartner*innen, dass inklusivere Selektionsmethoden oberflächliches Engagement verursachen könnten. Ein SPÖ-Abgeordneter äußerte darüber hinaus Sorgen über die Nachhaltigkeit der Mitgliedschaft und des Engagements der „Neuen“. Grundsätzlich gab es unter Gegnern der Mitgliederbefragung zwar den Willen, Mitglieder in die Parteiarbeit einzubinden, es wurde jedoch auf die Professionalisierung der Funktionäre verwiesen, die besser in der Lage wären, Personalentscheidungen zu treffen:

„Also ich glaube schon, dass sich auch innerhalb der Partei durchaus mehrere Kandidaten bewerben können, sich vorstellen sollen, sich präsentieren sollen, befragt werden können, aber letztendlich sollen die Funktionäre, die dazu berufen worden sind, die auch selber gewählt worden sind, die Entscheidung treffen.“ (Hannes Swoboda, SPÖ)

Grüne Interviewpartner*innen betonten basisdemokratische Werte, interpretierten diese aber nicht auf dieselbe Weise wie Befürworter der Einführung inklusiverer Selektionspraktiken. Vor allem wurde von allen Seiten das Konzept der „Autobusdemokratie“ kritisiert, das eine scheinbare demokratische Reform darstellt, aber in Wahrheit anfällig für Wahlmanipulation ist.

„Also wenn, dann hätten wir es gleich so machen müssen: OK, bei relevanten Entscheidungen größerer Tragweite braucht es generell eine Urabstimmung zu bestimmten Themen. Aber damit bist du natürlich komplett ausgeliefert in den Zufälligkeiten. Dann hast du wieder das Thema, wie lange muss jemand Mitglied sein oder werden Mitgliedschaften kurzfristig organisiert, all die Geschichten. Das haben wir ja bei Landesversammlungen in diversen Bundesländern gehabt, dass Mehrheiten organisiert wurden und dann Bus-Tourismus stattgefunden hat, um die Abstimmung so oder so hinzubekommen.“ (Johannes Rauch, Grüne)

Eine Delegierte vom grünen Bundeskongress 2021 unterstrich die Salienz der Debatte um die sogenannte „Autobusdemokratie“ bei den Grünen und erzählte von einer Wiener Arbeitsgruppe zum Thema, in der inklusivere Selektionsmethoden und ihre Risiken diskutiert werden.

Bei der ÖVP war die Macht der Mitglieder und die Anwerbung neuer Mitglieder ein eher marginales Thema in der Debatte um die Vorwahlen 1994. Wie ein Organisator der Vorwahlen, Wilhelm Molterer (damals Generalsekretär) sich darauf angesprochen erinnert:

„Naja, eine Überlegung war, Vorwahlen könnten eventuell die Zahl der Mitglieder erhöhen. Ich habe überhaupt keine Ahnung, ob der Effekt je eingetreten ist. Die Niederösterreicher haben das dann so gelöst, dass sie gesagt haben, wir öffnen die Vorwahl, um sie für Leute zu attraktiveren. Ob das in der Zahl der Mitglieder irgendeine Auswirkung hat, weiß ich nicht. Die Teilhabe der Mitglieder, ich bin mir ehrlich gesagt nicht sicher, ob das einen Einfluss gehabt hat.“ (Wilhelm Molterer, ÖVP)

Othmar Karas, der das Generalsekretariat 1995 übernahm, galt als Befürworter von Bürgerbeteiligungsinitiativen. Er betonte, dass Reform- und Einbindungswille hinter der Entscheidung der Parteiführung zur Einführung von Vorwahlen stand. Für ihn seien es *„die gesellschaftspolitische Verantwortung und Herausforderung und natürlich Wahlniederlagen, die sagen: ‚Was können wir tun, attraktiver zu werden, die Bürger stärker einzubinden?‘ Das waren sicherlich die Faktoren.* (Othmar Karas, ÖVP)

Während die diversen Einschätzungen, was die Rolle eines einfachen Parteimitglieds sein sollte, stark von Politiker*in zu Politiker*in variierten, war vor allem bei Gesprächspartner*innen in den höchsten Parteiämtern immer wieder Skepsis hinsichtlich der Ausweitung der Macht der Mitglieder. Handlungsfähigkeit der Führung, Manipulationsrisiken und die Entscheidungsqualität des Selektorats standen in diesem Zusammenhang immer wieder im Mittelpunkt der Diskussion.

d. Der Teufel steckt im Detail: Die Umsetzung neuer Selektionsmethoden

Eine zentrale Entscheidungslogik, die sich durch die Interviews mit verschiedenen Parteirepräsentanten zieht, bezieht sich auf das Ausmaß des Vertrauens in die technische Umsetzbarkeit und in die Parteiführung sowie die Kopplung verschiedener Themen. Mehrere Interviewpartner*innen kritisierten Kompromisse und die mangelnde Implementierung, die letztlich zu Wahlsystemen führen würden, die von ihnen abgelehnt werden .

Der Fall, in dem diese Dimension der Debatte eine besondere Rolle spielte, ist der grüne Bundeskongress 2021. Wie sowohl auf den Aufnahmen des Bundeskongresses nachvollziehbar als auch in Schilderungen grüner Interviewpartner*innen erörtert, kam es im Vorfeld der Abstimmung zu mehreren Absprachen und Kontroversen um die Bündelung verschiedener Entscheidungen in einer Abstimmung. Die vorgeschlagene Statutenreform sollte einen ausgewogenen „Kompromiss“ darstellen, der eine Urwahl im Gegenzug für die Ausweitung der Nominierungsrechte des Bundespartei vorsitz austauscht.

Wie in mehreren Interviews berichtet, wurden etwaige Abänderungsanträge, die eine separate Abstimmung einforderten, wieder zurückgezogen – was auf Diskussionen zwischen Delegierten und der Statutenarbeitsgruppe am Vorabend zurückzuführen ist. Der Großteil der Interviewpartner*innen zeigte sich überzeugt, dass eine alleinige Abstimmung der Urwahl die nötige Zweidrittelmehrheit erreicht hätte.

*„Es war der Bundesspitze klar, dass sie nicht einzelne Plätze besetzen können, ohne der Basis irgendwas anzubieten. (...) Die Urwahl würde allen Mitgliedern in ganz Österreich die Wahl der Bundessprecherin ermöglichen, was ihr jetzt in einem ganz kleinen Kreis, ich glaube - wie viele haben wir, 280 Delegierte am Bundeskongress? - vorbehalten ist und da spricht gar nichts dagegen.“ (Delegierte*r zum Bundeskongress, gegen die Statutenreform)*

Im Fall der SPÖ brachten Gegner des Mitgliedervotums vor allem die mangelnde Vorbereitung und statutarischen Rahmenbedingungen ins Treffen. Mitgliedervoten zur Wahl des Vorsitizes seien in den Statuten nicht vorgesehen gewesen und nur sehr schwer umsetzbar. Es wurde befürchtet, dass eine Umsetzung zur Lösung des Machtkonflikts die Partei in Chaos versetzen könne.

„(...) man muss natürlich sagen, dass die Partei per se, da rede ich jetzt vom rein technischen Organisation - vom Regulativ her, vom Statut her - nicht darauf vorbereitet war. Das ist aber überhaupt kein Vorwurf, den ich da formuliere, sondern es ist einfach davor noch nicht wirklich implementiert gewesen und dadurch waren natürlich einige Dinge undefiniert. Das war: Wer darf überhaupt kandidieren? Wie funktioniert so eine Kandidatur? Also alle diese technischen Parameter, die waren eigentlich nicht abgebildet und da hat man sich erst einmal darauf festlegen müssen. Das war die technische Seite und die andere Seite war natürlich die Frage: Wer kandidiert überhaupt?“ (Christian Sapetschnig, SPÖ)

Die fehlenden klaren Regeln und die mangelnde Vorbereitung wurden auch in der breiteren öffentlichen Debatte immer wieder kontrovers diskutiert. Durch die fehlende Klarheit, was die Rahmenbedingungen der Wahl angeht, fanden sich Gegner der Einführung neuer Selektionsmethoden bestärkt.

Im Fall der ÖVP ist die Einführung der Vorwahl auch im Kontext des Wahljahrs 1994 zu sehen. Mehrere Interviewpartner*innen berichteten von der großen Dominanz der EU-Volksabstimmungs-Kampagne, die sich mit der ÖVP-Vorwahlkampagne überschneidet. Durch das Timing der Vorwahlen waren sie laut diesen Interviewpartner*innen also weniger salient, als sie sein hätten können, was Einfluss auf die Effektivität der Vorwahlen gehabt haben soll.

Gleichzeitig berichteten Interviewpartner*innen von dem hohen Maß an Fragmentierung bei der Implementierung der Vorwahlen in den einzelnen Bundesländern. Große Divergenzen zwischen den einzelnen Bundesländern führten zu Resignation und der Schlussfolgerung, dass ein einheitliches System politisch nicht möglich sei. Während in Niederösterreich Stimmzettel an alle Wahlberechtigten geschickt wurden, setzten andere Bundesländer auf einzelne Versammlungen bzw. beschränkten das Wahlrecht auf Mitglieder (siehe Tabelle 3, direkt aus Nick 1995).

Wien	<ul style="list-style-type: none"> • E. Busek als gesamtösterreichischer Spitzenkandidat vom Vorwahlverfahren ausgenommen • Bei Stimmgleichheit von zwei Kandidaten entscheidet das Wahlkreiskomitee
Niederösterreich	<ul style="list-style-type: none"> • Stimmzettel an alle Wahlberechtigten
Oberösterreich	<ul style="list-style-type: none"> • eingeschränkte Kandidatenliste: Landespartei Vorstand (LPV) behält sich das Recht vor, über die endgültige Zulassung zur Vorwahl zu entscheiden • Vom LPV vorgegebene Reihung
Steiermark	<ul style="list-style-type: none"> • Laut Bundesstatut
Tirol	<ul style="list-style-type: none"> • Verbindlichkeit bei 10% im Vergleich zu ÖVP-Stimmen NRW 1990
Kärnten	<ul style="list-style-type: none"> • landesweite Vorwahlen
Salzburg	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlkreiskonferenzen • vom LPV vorgegebene Reihung
Vorarlberg	<ul style="list-style-type: none"> • NRW-Vorwahl fand zugleich mit LTW-Vorwahl statt • vom LPV vorgegebene Reihung
Burgenland	<ul style="list-style-type: none"> • detaillierte Kumulierungsbeschränkungen

Tabelle 3 – Überblick über die länderspezifischen Besonderheiten der ÖVP-Vorwahlmodelle (Nick 1995, 87)

Die technische Umsetzung sowie die prozedurale Vorgehensweise spielte daher in alle drei Fällen eine wichtige Rolle in der Entscheidungsdebatte um die Einführung bzw. Nicht-Weiterführung neuer Reformen. Das mangelnde Vertrauen in die Kompetenz und/oder die Neutralität der Parteiführung in Vorwahlen und Mitgliedervoten war ein wichtiger Faktor in der Entscheidung gegen inklusivere Methoden – eine Entscheidungslogik, die in der etablierten Literatur zum Thema bisher nicht ausreichend diskutiert wurde.

e. Die umstrittene Bedeutung innerparteilicher Demokratisierung: Die Grenzen der Normdiffusion

In fast allen Interviews kam die Rolle externer Faktoren, die die Einführung bzw. die Nicht-Einführung inklusiverer Selektionspraktiken beeinflussten, zur Sprache. Vor allem die ÖVP-Vorwahlen 1994 sind wohl ohne den Kontext des liberalen Triumphalismus des „Endes der Geschichte“ (Fukuyama 1989) kaum zu beschreiben. Wie ÖVP-Gesprächspartner*innen bestätigten, gab es den Willen, die Partei zu „modernisieren“. Wenngleich internationale Vorbilder von allen ÖVP-Gesprächspartner*innen in Abrede gestellt wurden, ist es dabei sicherlich kein Zufall, dass das verwendete Vorwahlmodell in Niederösterreich sehr den offenen Vorwahlsystemen in manchen US-Staaten ähnelte. Das einzige von Othmar Karas in seiner Magisterarbeit behandelte internationale Modell von Vorwahlen ist das der Vereinigten Staaten (Karas 1995,61-63).

Gleichzeitig erhoffte man sich durch die Modernisierung die Verbesserung der Demokratie. Eine der wichtigsten liberalen Anliegen jener Zeit ist die Öffnung für Wettbewerb und die Repräsentation verschiedener Gruppen. Um die Modernisierung der Partei zu gewährleisten wurde Anfang der 1990er Jahre eine externe Beratungsfirma engagiert, um (auf

Basis von „best practices“) Empfehlungen zu erstellen. Diese externe Management-Beratungsfirma wurde als „objektive“ außenstehende Entität in den Prozess eingebracht, um die Partei zu professionalisieren. Dieser Ansatz ist klar von den in 1980ern populär werdenden *New Public Management* Politiken inspiriert.

„Die Auswirkungen der Wahlniederlage 1990 zeigte auch den innerparteilichen Reformbedarfs und auch der Bericht, der damals erarbeitet wurde, gemeinsam mit dem Managementzentrum St. Gallen. (...) Das war sicherlich der Hauptanstoß. Auch natürlich der Wechsel zu Erhard Busek.“ (Othmar Karas, ÖVP)

Ein wichtiger Grund, wieso die Vorwahlen nach 1994 nicht fortgesetzt wurden, war neben dem enttäuschenden Wahlergebnis wohl auch der fehlende Effekt auf die Repräsentativität der Partei. In vielen Vorwahlkämpfen setzten sich die zu erwarteten Teilorganisationen durch. Trotz des geringen Effektes auf die erwartete Diversifizierung verursachten die Vorwahlen zahlreiche „Kränkungen“, die die Parteiführung rasch zum Umdenken bewegte. Allerdings wurde von ÖVP-Interviewpartner*innen immer wieder betont, dass die ÖVP den Anspruch stellen würde eine repräsentative und kompetente Gruppe an Abgeordneten zu haben, was in einem direkt-demokratischen zu Problemen führen kann:

„Wenn der österreichische Bauernbund will, dann gewinnt er im ländlichen Raum jede Vorwahl. Und zwar easy, weil er gut strukturiert ist, weil er gut organisiert ist und weil er einfach die größte Anzahl von Mitgliedern stellt. Und es hat wenig Sinn, wenn dann plötzlich von den 43 Wahlkreisen auf 35 der Bauernbundkandidat der Erste ist, weil das einfach nicht der Realität entspricht, nämlich der Bevölkerungsstruktur. Und das andere Thema von der ganz anderen Seite, ist die Sorge: „Wie gehen wir mit Vorwahlergebnis in Zusammenhang mit Frauen und mit Jungen?“ (Willhelm Molterer ÖVP)

Weiters war die Entscheidung, Vorwahlen einzuführen, laut Interviewpartner*innen entscheidend von der Wahlrechtsreform 1992 geprägt. Diese war selbst ein Symptom einer breiteren internationalen Tendenz der Personalisierung des Wahlrechts. Eine der für die Vorwahlen wichtigsten Elemente ist dabei die Einführung eines Vorzugsstimmensystems, auf das Parteien reagieren wollten. Mehrere Gesprächspartner*innen sowie die meisten Quellen aus der Zeit (Karas 1995, Nick 1995, Leitner und Mertens 1995) verbanden die Einführung von Vorwahlen organisch mit Erläuterungen zum neuen Wahlrecht, was darauf schließen lässt, dass von den Autor*innen eine direkte Kausalität angenommen wurde.

In den Fällen der Grünen und SPÖ kamen immer wieder internationale Vorbilder und abschreckende Beispiele zur Sprache. Die beiden deutschen Schwesterparteien hatten bereits

zuvor ähnliche Reformen durchgeführt, was zu bestimmten „Spill-over“-Effekten geführt hatte. Gleichzeitig priorisierten Gesprächspartner*innen meist endogene Argumentationsmuster.

„Das hat schon auch eine Rolle gespielt, das deutsche Beispiel, Italien. Es ist ja auch in Frankreich der Fall. (...) So ausländische Beispiele haben natürlich schon auch dazu geführt.“ (Hannes Swoboda, SPÖ)

Im Fall der SPÖ wird in offiziellen Kommunikationskanälen sogar auf die Direktwahlpraktiken von Schwesterparteien eingegangen und ein Vorbild identifiziert:

„Für Direktwahlen gibt es bei sozialdemokratischen Parteien zahlreiche internationale Beispiele. Die Mitglieder entscheiden über den Parteivorsitz u.a. bei der Labour Party im Vereinigten Königreich, der PD in Italien, SAP in Schweden und der PvdA in den Niederlanden. Bei der SPD in Deutschland gab es 2019 einmalig eine Abstimmung unter den Mitgliedern. Die SPÖ hat sich bei der konkreten Umsetzung der Direktwahl an der spanischen PSOE orientiert.“ (SPÖ 2025)

Demokratie wird oft als „essentially contested concept“ (Hobson und Kurki 2012) verstanden. Das äußerte sich auch in der Vielfalt der Interpretationen, wie Demokratisierung zu verstehen sei – und ob Vorwahlen und Mitgliedervoten überhaupt als Demokratisierungsschritt zu sehen seien. Grüne Verfechter der Basisdemokratie verteidigen die Ideale der deliberativen Demokratie und stehen etwaigen „plebiszitären“ Elementen kritisch gegenüber. ÖVP-Politiker wie Ferry Maier betonten, dass die demokratische Qualität von Selektionsprozessen vor allem anhand der Qualität und Kompetenz der Kandidat*innen zu messen sei. Andere wiederum betonten die Notwendigkeit von Selektionsprozessen, die österreichische Bevölkerung möglichst genau zu repräsentieren.

f. Die Vielfalt der Demokratisierungslogiken

Wie die analysierten Fälle zeigen, wirken oftmals verschiedene Entscheidungslogiken gleichzeitig, um die Einführung inklusiverer Selektionsmethoden zu begünstigen bzw. unwahrscheinlicher zu machen. Sowohl akteurs-spezifische als auch strukturell bedingte Logiken finden sich in allen Fällen wieder. Beispielsweise waren exogene Faktoren bei der Einführung der ÖVP-Vorwahlen von großer Bedeutung, während bei der Nicht-Weiterführung endogene Motive dominierten. Die Debatte der Grünen beschränkte sich hingegen vor allem auf innerparteiliche Machtfragen, die auf beiden Seiten der Diskussion als zentrale Argumentationslogik wiederzufinden sind. Währenddessen spielten Machtfragen auch eine entscheidende Rolle in der Debatte um die SPÖ-Mitgliederbefragung. Allerdings hatten auch

die Suche nach einer erfolgsversprechenden Persönlichkeit als auch der Parteienwettbewerb in der längeren Genealogie der Debatte Bedeutung.

Tabelle 4 stellt eine qualitative Einschätzung der relativen Wichtigkeit (kein Argument, marginales Argument, wichtiges Argument) in den drei Fällen (ÖVP 1994, Grüne 2021, SPÖ 2023) gegenüber. Die Darstellung simplifiziert die komplexe empirische Realität stark, zeigt aber die Dominanz von endogenen Logiken in den beiden rezenten Fällen, während exogene Logiken im Fall der ÖVP wichtig waren.

Logik	ÖVP 1994	Grüne 2021	SPÖ 2023
<i>Endogen I - Mittel des Machterhalts bzw. der Machtausweitung</i>	Wichtiges Argument für und gegen (die Weiterführung der) Vorwahlen	Wichtiges Argument für und gegen die Einführung der Urwahl	Wichtiges Argument für und gegen die Mitgliederbefragung
<i>Endogen II - (De-) Mobilisierung und Aufwertung / Abwertung der Mitgliedschaft</i>	Marginales Argument für und gegen die Vorwahlen	Marginales Argument für und gegen die Einführung der Urwahl	Marginales Argument für und gegen die Mitgliederbefragung
<i>Endogen III - Verbesserung der Repräsentativität</i>	Wichtiges Argument für und gegen die Vorwahlen	Kein Argument in der Debatte	Kein Argument in der Debatte
<i>Endogen IV - Suche nach einer erfolgsversprechenden Führungspersönlichkeit</i>	Marginales Argument für die Vorwahlen	Kein Argument in der Debatte	Wichtiges Argument für und gegen die Mitgliederbefragung
<i>Exogen I - Anpassung an national und international übliche Demokratisierungs- und Personalisierungspraktiken</i>	Wichtiges Argument für die Einführung der Vorwahlen	Marginales Argument für die Einführung der Urwahl	Marginales Argument für die Mitgliederbefragung
<i>Exogen II - Anpassung an eine neue parteiliche Wettbewerbssituation</i>	Wichtiges Argument für und gegen die Mitgliederbefragung	Marginales Argument für die Einführung der Urwahl	Wichtiges Argument für und gegen die Mitgliederbefragung
<i>Exogen III - Anpassung an neue Kommunikationspraktiken und Technologien</i>	Marginales Argument für die Einführung der Urwahl	Kein Argument in der Debatte	Kein Argument in der Debatte

Tabelle 4 – Überblick über fallspezifische Erkenntnisse bezüglich der jeweiligen innerparteilichen Demokratisierungslogiken

Conclusio

Die vorliegende Arbeit zeigt, dass innerparteiliche Demokratisierungsprozesse bei der Selektion politischen Spitzenpersonals keineswegs als linearer Prozess verstanden werden können, sondern vielmehr das Ergebnis komplexer Aushandlungsprozesse darstellen, in denen strategische, organisatorische und normative Dimensionen ineinandergreifen. Anhand der österreichischen Fälle ÖVP 1994, Grüne 2021 und SPÖ 2023 wurde deutlich, dass sich Reformentscheidungen nicht allein aus abstrakten Demokratisierungsidealen erklären lassen, sondern stets in konkreten Machtkämpfen und Kontextbedingungen verankert sind. Parteien, so legen es sowohl die Theorie als auch die Empirie nahe, verändern ihre Verfahren nicht aus Prinzip, sondern wenn solche Reformen innerhalb der Logik des politischen Feldes als sinnvoll, zweckmäßig oder unausweichlich erscheinen.

Theoretisch knüpft die Untersuchung an verschiedene Debatten an. Die „Party Change“-Literatur (Harmel und Janda 1994) hebt hervor, dass Parteien konservative Organisationen sind, die nur unter Druck zu Reformen bereit sind. Ergänzt wird dies durch die soziologische Perspektive Bourdieus, der zufolge Handlungen durch feldspezifische Logiken geprägt sind und bestimmte Optionen nur unter spezifischen Bedingungen plausibel erscheinen. Demokratisierung wirkt innerhalb von Parteien weniger als feststehender Wert, sondern als relationaler Prozess, dessen Gestalt sich aus der Interaktion endogener Machtinteressen und exogener Faktoren ergibt.

Empirisch zeigen die drei Fallstudien, wie unterschiedlich die Dynamiken ausfallen können. In der ÖVP wurde 1994 unter Erhard Busek ein Experiment mit offenen Vorwahlen gewagt, das im liberalen Zeitgeist, nach der Wahlrechtsreform 1992 und mit Blick auf internationale Vorbilder als Modernisierungsstrategie plausibel erschien, jedoch nach ausbleibendem Wahlerfolg und innerparteilichem Widerstand nicht fortgeführt wurde. Bei den Grünen führte 2021 eine Debatte um eine mögliche Urwahl der Parteiführung zwar zu intensiven Auseinandersetzungen, letztlich überwogen jedoch die Befürchtungen, dass eine solche Reform die Machtbalance innerhalb der Partei verschieben und den Bundeskongress schwächen würde. Die Statutenreform scheiterte damit knapp, obwohl sie eigentlich zu den basisdemokratischen Selbstansprüchen der Partei gepasst hätte. Die SPÖ wiederum entschied sich 2023 inmitten eines eskalierenden Führungsstreits zwischen Pamela Rendi-Wagner und Hans-Peter Doskozil für eine Mitgliederbefragung, die zunächst als Übernahmestrategie diente, dann aber überraschend zur Institutionalisierung von Mitgliedervoten führte. Hier zeigte sich,

dass Demokratisierung auch als Mittel zur Lösung innerparteilicher Krisen verstanden werden kann.

Diese Fallkonstellationen verdeutlichen, dass Demokratisierungsschritte selten rein normativ motiviert sind. Innerparteiliche Demokratisierung ist oft ein Instrument der Machtpolitik. Zugleich zeigt sich, dass externe Faktoren – internationale Demokratisierungstrends, wachsende Personalisierung durch mediale Öffentlichkeit oder verschärfter Parteienwettbewerb – allein nicht hinreichend sind, um Reformen zu erklären. Sie wirken nur in Kombination mit internen Konflikten und strategischen Interessen handlungsleitend. Um innerparteiliche Demokratisierungs-Reformen der Selektion politischen Spitzenpersonals durchzuführen, müssen wohl mehrere Bedingungen gleichzeitig erfüllt werden. Einerseits braucht es 1) mächtige Akteure in der Partei, die eine Änderung der Machtstruktur anstreben, 2) einen Zeitgeist, der direkt-demokratische Reformen im Vergleich zu anderen Reformideen als „logisch“ erscheinen lassen, 3) Entscheidungsträger*innen in der Partei, die eine Krise der Partei wahrnehmen, 4) eine Parteiführung die darauf vertraut, den Prozess kontrollieren zu können (entweder durch starken Rückhalt oder durch Regelkonstellationen), 5) eine Parteibasis, die grundsätzliches Vertrauen in die faire Abwicklung von Wahlen hat.

Die untersuchten Fälle zeigen außerdem, dass Reformen oft nicht die intendierten Wirkungen entfalten. Die ÖVP konnte mit ihren Vorwahlen keine nachhaltigen Wahlerfolge erzielen und die SPÖ musste nach Einführung des Mitgliedervotums dennoch Stimmenverluste hinnehmen. Damit relativiert sich die Annahme eines positiven Zusammenhangs, wonach „mehr innerparteiliche Demokratie“ automatisch zu größerer Legitimität oder Wählerbindung führe. Vielmehr erweist sich Demokratisierung als ambivalentes Instrument, das ebenso zur Stabilisierung wie zur Destabilisierung von Parteien beitragen kann.

Theoretisch lassen sich diese Befunde so einordnen, dass Reformen als hybride Phänomene verstanden werden müssen: Sie sind zugleich strategische Machtinstrumente und symbolische Legitimationsakte. Während Bourdieu's politische Soziologie verdeutlicht, dass bestimmte Optionen erst durch die Struktur des politischen Feldes als plausibel erscheinen, unterstreicht die „Party Change“-Literatur die Rolle von Krisen und externen Schocks. Die österreichischen Fälle zeigen, dass beide Dimensionen zusammen gedacht werden müssen: Ohne die spezifischen Machtkonstellationen innerhalb der Parteien wären die Reformen nicht zustande gekommen, ohne die größeren gesellschaftlichen und internationalen Trends wären sie jedoch kaum als sinnvolle Lösungen wahrgenommen worden.

Für die Parteienforschung ergeben sich daraus mehrere Anschlussfragen. Erstens sollten vergleichende Studien prüfen, ob die in Österreich identifizierten Entscheidungslogiken auch in anderen Verhältniswahlssystemen wirksam sind oder ob spezifisch nationale Muster dominieren. Zweitens wäre es lohnenswert, die langfristigen Folgen solcher Reformen zu analysieren: Welche Auswirkungen haben Mitgliederbefragungen oder Vorwahlen auf Führungsstabilität, Parteiorganisation und Wählerbindung? Drittens sollte die Rolle von Medien und Öffentlichkeit stärker berücksichtigt werden, da in einer Publikumsdemokratie nicht nur die internen Logiken der Parteien zählen, sondern auch deren Außenwirkung.

Schließlich gilt es, die normativen Implikationen kritisch zu reflektieren: Führt innerparteiliche Demokratisierung tatsächlich zu mehr Demokratie im politischen System, oder dient sie vor allem symbolischen Zwecken und strategischer Legitimationsbeschaffung?

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die österreichischen Fälle eindrücklich zeigen, dass Parteien und Akteure demokratische Öffnungsschritte oft als Instrumente zur Lösung interner Krisen nutzen – sowie zur Stärkung oder zum Schutz ihrer Führung oder zur Positionierung im Parteienwettbewerb. Ob diese Reformen zu einer substanziellen Stärkung demokratischer Partizipation führen, bleibt jedoch offen. Für die Forschung bedeutet dies, dass Reformen nicht nur institutionell oder funktional gedeutet werden sollten, sondern auch als symbolisch aufgeladene Praktiken im politischen Feld. Gerade in einer Zeit, in der traditionelle Bindungen zwischen Parteien und Wählerschaft erodieren, bleibt die Frage, wie Parteien Legitimität erzeugen, von zentraler Bedeutung.

Quellen

Astudillo, J., & Detterbeck, K. (2020). Why, sometimes, primaries? Intraparty democratization as a default selection mechanism in German and Spanish mainstream parties. *Party Politics*, 26(5), 594-604.

Bille, L. (2001). Democratizing a democratic procedure: Myth or reality? Candidate selection in Western European parties, 1960-1990. *Party politics*, 7(3), 363-380.

Bourdieu, Pierre. *The logic of practice*. Stanford: Stanford University Press, 1990.

Bucur, C., & Field, B. N. (2018). Selecting Presidential Candidates in European Semi-presidential Democracies. *Democratizing Candidate Selection: New Methods, Old Receipts*.

Chiru, M., Gauja, A., Gherghina, S., & Rodríguez-Teruel, J. (2015). Explaining change in party leadership selection rules. *The politics of party leadership: A cross-national perspective*, 31-49.

Cordero, G., & Coller, X. (2018). Lights and shadows of democratizing candidate selection. *Democratizing Candidate Selection: New Methods, Old Receipts?*, 3-24.

Cross, W. P., & Pilet, J.-B. (2015). *The politics of party leadership: A cross-national perspective*. Oxford University Press.

Cross, W., Rahač, G., Kenig, O., & Pruyssers, S. (2016). The promise and challenge of party primary elections : : A comparative perspective. Montreal ; Kingston ; London ; Chicago: McGill-Queen's University Press.

Cross, W., & Katz, R. (Eds.) (2020). *The Challenges of Intra-Party Democracy*. : Oxford University Press.

Crouch, C. (2004). *Post-democracy* (p. 70). Cambridge: Polity.

Der Standard (2023a) Eine Chronologie des Konflikts um die SPÖ-Spitze, 5.6.2023, (last accessed: 28.10.2025)

Der Standard (2023b) Die SPÖ hat wieder 150.000 Mitglieder, 8.7.2023, <https://www.derstandard.at/story/3000000178066/spoe-h> (last accessed: 28.10.2025)

Der Standard (2023c) Die Einigung in der SPÖ ist noch kein Neubeginn, 15.3.2023, <https://www.derstandard.at/story/2000144544863/die-einigung-in-der-spoe-ist-noch-kein-neubeginn> (last accessed: 28.10.2025)

Die Presse (2009) "Grüne Vorwahlen" bereiten Wiener Grünen Kopfzerbrechen, 12.6.2009, <https://www.diepresse.com/486562/gruene-vorwahlen-bereiten-wiener-gruenen-kopfzerbrechen> (last accessed: 28.10.2025)

Dolowitz, D., & Marsh, D. (1996). Who learns what from whom: a review of the policy transfer literature. *Political Studies*, 44(2), 343–357.

Ennser-Jedenastik, L., & Müller, W. C. (2014). The selection of party leaders in Austria (Channeling ambition effectively), *Leadership Selection in Contemporary Parliamentary Democracies: A Comparative Study*, 62-76.

Ennser-Jedenastik, L., & Schumacher, G. (2015a). Why some leaders die hard and others don't. *The Politics of Party Leadership*, 107–127.

Ennser-Jedenastik, L., & Müller, W. C. (2015b). Intra-party democracy, political performance and the survival of party leaders: Austria, 1945–2011. *Party Politics*, 21(6), 930-943.

Fox, J., & Shotts, K. W. (2009). Delegates or trustees? A theory of political accountability. *The Journal of Politics*, 71(4), 1225–1237.

Gast, H. (2014, October). Parteien und offene Vorwahlen. Zu kontextspezifischen Wirkungen einer Demokratisierung der Kandidatenauswahl. In *Parteien und Demokratie* (pp. 93-112). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Gautney, H. (2018). Dear Democratic party: it's time to stop rigging the primaries, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/jun/11/democrat-primaryelections-need-reform> (24.4.2023)

Harmel, R., & Janda, K. (1994). An integrated theory of party goals and party change. *Journal of theoretical politics*, 6(3), 259-287.

Hopkin, J. (2001). Bringing the members back in? Democratizing candidate selection in Britain and Spain. *Party politics*, 7(3), 343-361.

Hobson, C., & Kurki, M. (Eds.). (2012). *The Conceptual Politics of Democracy Promotion* (1st ed.). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203804803>

Ignazi, P. (2018). The four knights of intra-party democracy: A rescue for party delegitimation. *Party Politics*, 26(1), 9–20. <https://doi.org/10.1177/1354068818754599>

Jenny, M. (2018). Intra-party Democracy and Internet: the Case of NEOS in Austria. *Democratizing Candidate Selection: New Methods, Old Receipts?*, 77-98.

Katz, R. S., & Mair, P. (1995). Changing models of party organization and party democracy: the emergence of the cartel party. *Party politics*, 1(1), 5-28.

Katz, R.S. (2022), If the Cure for the Ills of Democracy Is More Democracy, Might the Cure Be Worse than the Disease?. *Scand. Political Stud.*, 45: 68-85. <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12218>

Katz, R. S. (2001). The problem of candidate selection and models of party democracy. *Party politics*, 7(3), 277-296.

Kenig, O.; Cross, W.; Pruyssers, S.; Rahat, G. (2015) Partyprimaries: Towards A Definition And Typology, Representation, 51:2, 147-160.

Kenig, O., & Pruyssers, S. (2018). The challenges of inclusive intra-party selection methods. *Democratizing candidate selection: new methods, old receipts?*, 25-48.

Krastev, I., & Holmes, S. (2019). *The light that failed: A reckoning*. Penguin UK.

Kurier (2018a) SPÖ-Abgeordneter fordert parteiinterne Vorwahl für EU-Kandidaten, 3.3.2018, <https://kurier.at/politik/spoe-abgeordneter-fordert-parteiinterne-vorwahl-fuer-eu-kandidaten/312.656.861> (last accessed: 28.10.2025)

Kurier (2018b) Grüne Spitzenwahl: Wie die Zweite zur Nummer 1 wurde, 27.11.2018, <https://kurier.at/chronik/wien/gruene-spitzenwahl-wie-die-zweite-zur-nummer-1-wurde/400337101> (last accessed: 28.10.2025)

LeDuc, L. (2001). Democratizing party leadership selection. *Party Politics*, 7(3), 323-341.

Lessig, L. (2015). Republic, lost: How money corrupts Congress--and a plan to stop it. Hachette UK.

Levitsky, S., & Ziblatt, D. (2018). Gatekeeping in America, How democracies die. Broadway Books., p 39-63

Lewis-Beck, M. S., Norpoth, H., Jacoby, W. G., & Weisberg, H. F. (2009). The American voter revisited. University of Michigan Press.

Lisi, M., Freire, A., & Barberà, O. (2015). Leadership selection methods and party types. *The politics of party leadership: A cross-national perspective*, 12-30.

Manin, B. (2007). *Kritik der repräsentativen Demokratie*. Berlin: Matthes & Seitz.

Mair, P., & van Biezen, I. (2001). Party membership in twenty European democracies, 1980-2000. *Party Politics*, 7(1), 5–21.

Mair, P. (2013). Popular Democracy and the European Union Polity (Chapter 3), Ruling the void: The hollowing of Western democracy. Verso Trade.

Mény, Y. (2017) A tale of party primaries and outsider candidates: the 2017 French presidential election. *Fr Polit* 15, 265–278.

Michels, Robert. (1915) 1962. *Political Parties: A Sociological Study of the Oligarchical Tendencies of Modern Democracy*. New York: Dover.

Mikecz, R. (2012). Interviewing elites: Addressing methodological issues. *Qualitative Inquiry*, 18(6), 482–493.

Müller, W. C., & Meth-Cohn, D. (1991). The selection of party chairmen in Austria: A study in intra-party decision-making. *European Journal of Political Research*, 20(1), 39-65.

NEOS (2023) Satzung, https://www.neos.eu/Resources/Persistent/869a01c9431f45bb6663d4d2fe57b9151ccf7dc8/230618_NEOS%20Satzung.pdf, (last accessed: 28.10.2025)

Müller, W. C., Plasser, F., & Ulram, P. A. (1995). Wählerverhalten und Parteienwettbewerb: Analysen zur Nationalratswahl 1994. Schiftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung.

Neisser, H., & Plasser, F. (1992) Vorwahlen und Kandidatennominierung im internationalen Vergleich, Wien Institut für Angewandte Sozial-und Wirtschaftsforschung. Signum-Verlag., ISO 690.

ORF (2022) SP-Vorsitz: 95,94 Prozent für Lindner, <https://ooe.orf.at/stories/3176042/>, 1.10.2022, (last accessed: 28.10.2025)

Pelinka, A. (2002). Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung: zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. *Österreichische Zeitschrift Für Politikwissenschaft*, 31(3), 281–290.

Pennings, P., & Hazan, R. Y. (2001). Democratizing candidate selection: causes and consequences. *Party Politics*, 7(3), 267-275.

Pilet, J. B., Cross, W. (2014) Leadership Selection in Contemporary Parliamentary Democracies: A Comparative Study. London: Routledge.

Pilet, J. B., & Cross, W. (2015). Uncovering the politics of party leadership. *The Politics of Party Leadership: A Cross National Perspective*, 1-11.

Pouliot, Vincent. "The logic of practicality: A theory of practice of security communities." *International organization* 62, no. 2 (2008): 257-288.

Pouliot, Vincent. "Methodology: Putting practice theory into practice." In Bourdieu in international relations, pp. 45-58. Routledge, 2012.

Pouliot, Vincent, & Thérien, Jean-Philippe (2023). "The Making of Global Policies: Analytical Framework and Methodology", in: *Global Policymaking* (Vol. 162). Cambridge University Press.

Raupp, J. (2020). Personalisierung. *Handbuch Politische Kommunikation*, 1–18.

Rahat, Gideon (2013). 'What Is Democratic Candidate Selection?', in William P. Cross, and Richard S. Katz (eds), *The Challenges of Intra-Party Democracy*, Comparative Politics, Oxford.

Rahat, G., & Hazan, R. Y. (2001). Candidate selection methods: An analytical framework. *Party politics*, 7(3), 297-322.

Risse, T., Sikkink, K., & Ropp, S. C. (1999). The socialization of international human rights norms into domestic practices. *Domestic Politics and Norm Diffusion in International Relations*, 117.

Ritzer, G., & Stillman, T. (2003). Assessing McDonaldisation, americanization and globalization. *Global America? The Cultural Consequences of Globalization*, 30–48.

Rudzio, W., & Rudzio, W. (2015). Innerparteiliche Demokratie oder Gesetz der Oligarchie?. Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 141-174.

Scarrow, S. E. (2005). Political parties and democracy in theoretical and practical perspectives: Implementing intra-party democracy. National Democratic Institute for International Affairs.

Schmitter, P. C. (2004). Recommendations for reform, in: 87-130 The future of democracy in Europe: Trends, analyses and reforms. A. H. Trechsel (Ed.). Strasbourg: Council of Europe.

Schmidt, M.G. (2025). Konkurrenz-, Proporz- und Konkordanzdemokratie. In: *Demokratietheorien*. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-46845-3_19

Sozialdemokratische Partei Österreich. (2025). *Internationale Beispiele*. <https://www.spoe.at/bundesparteivorsitz-direktwahl/beispiele-international/> (last accessed: 31.10.2025)

Thompson, D.F. (2010), The Primary Purpose Of Presidential Primaries*. *Political Science Quarterly*, 125: 205-232.

Tilly, C. (2007) Democracy's Past and Futures (Chapter 8), in: *Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

Wauters, B. (2014). Democratising Party Leadership Selection in Belgium: Motivations and Decision Makers. *Political Studies*, 62(S1), 61–80. <https://doi.org/https://doi.org/10.1111/1467-9248.12002>

Wells, C., Shah, D.V., Pevehouse, J.C., Yang, J., Pelled, A., Boehm, F.J., Lukito, J., Ghosh, S., & Schmidt, J. (2016). How Trump Drove Coverage to the Nomination: Hybrid Media Campaigning. *Political Communication*, 33, 669 - 676.

Welch, S., Gruhl, J., Thomas, S., & Borrelli, M. (2013). *Understanding American Government (Book Only)*. Cengage Learning.

Whiteley, P. F., Seyd, P., Richardson, J., & Bissell, P. (1994). Explaining party activism: The case of the British Conservative Party. *British Journal of Political Science*, 24(1), 79–94.

Anhang I: Interviews (Juni-August 2025)

<i>Partei</i>	<i>Position</i>	<i>Name</i>
ÖVP 1	Generalsekretärin 1993 - 1994	Ingrid Korosec
ÖVP 2	Generalsekretär 1993 - 1994	Willhelm Molterer
ÖVP 3	Generalsekretär 1995 - 1999	Othmar Karas
ÖVP 4	Generalsekretär 1991 - 1993	Ferdinand Maier
SPÖ 1	Unterstützer Pamela Rendi-Wagner	Hannes Swoboda
SPÖ 2	Bundesparteisekretär, zuvor Organisator des Mitgliedervotums	Christian Sapetschnig
SPÖ 3	Unterstützer(in) Andreas Babler	Anonym
SPÖ 4	Abgeordnete(r)	Anonym
Die Grünen 1	Arbeitsgruppe zu Statutenreform 2021	Johannes Rauch
Die Grünen 2	Delegierte(r) Buko 2021, pro	Anonym
Die Grünen 3	Delegierte(r) Buko 2021, anti	Anonym
Die Grünen 4	Delegierte(r) Buko 2021, anti	Anonym
Die Grünen 5	Delegierte(r) Buko 2021, anti	Anonym
Die Grünen 6	Delegierte(r) Buko 2021, anti	Anonym
Die Grünen 7	Die Grünen Niederösterreich	Anonym
Die Grünen 8	Delegierte(r) Buko 2021, pro	Anonym

Anhang II: Fragebogen

Thema 1	<p><u>Offene Fragen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ❖ Im Jahr XXXX kam es in Ihrer Partei zu folgender Situation: XXXX. Könnten Sie mir vielleicht aus Ihrer Sicht erklären, warum es zu Änderung XXXX gekommen ist? ❖ Wie wurde die Entscheidung getroffen? ❖ Warum hatte man früher von Änderung X abgesehen?
Thema 2	<p><u>Endogen I</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ❖ Welche Akteure in der Partei waren für bzw. gegen Änderung XXX? Was waren die Argumente in der Debatte? (was sind die Argumente vs. was ist die wirkliche Motivation) ❖ Gab es Motivationen oder Befürchtungen, die nicht offen artikuliert worden sind? ❖ Wurde Änderung XXXX von der Parteiführung initiiert oder unterstützt? Warum? ❖ Wurde Änderung XXXX von einer bestimmten Fraktion in der Partei gestützt? Warum?
Thema 3	<p><u>Endogen II</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ❖ Was war das Ziel von Änderung X? Welche Effekte hat man sich dadurch erwartet? ❖ Welches Signal sollte die Änderung X an Mitglieder senden? Wie wurde die Änderung von Mitgliedern aufgenommen? ❖ Wurden Mitglieder durch die Entscheidung innerhalb der Partei geschwächt oder gestärkt?
Thema 4	<p><u>Endogen III – IV</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ❖ Wurde erwartet, dass durch Änderung X andere Kandidat*innen ausgewählt werden würden? ❖ Inwiefern wären diese anders gewesen? ❖ Welche Rolle spielte die Auswahl des „besten Kandidaten/der besten Kandidatin“?
Thema 5	<p><u>Exogen I-III</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ❖ Welche Rolle spielten andere Faktoren außerhalb der Partei? Inwiefern waren diese wichtig für die Entscheidung? ❖ Nahmen Sie Druck wahr, Änderungen in anderen Parteien auch in Ihrer Partei zu implementieren? ❖ Welche Rolle spielten vergangene Wahlergebnisse und die Wettbewerbssituation? ❖ Wurde erwartet, dass ein solcher Prozess für die heutige Technologie und Kommunikationspraxis besser geeignet ist?
Ende / Reflektion	<ul style="list-style-type: none"> ❖ Das waren alle Fragen, die ich für unser Gespräch vorbereitet habe. Fällt Ihnen noch etwas ein, das Sie über Änderung X oder die diskutierten Themen wissen möchten?